

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



2/2002

Bilder machen Kanzler



Moderator Heinrich Oberreuter (Mitte) animierte die Wahlkampfmanager von CSU (Thomas Goppel, links) und SPD (Matthias Machnig) zu Erzählungen aus dem Strategie-Nähkästchen. Goppel betonte, dass heiße Luft inhaltliche Substanz im Wahlkampf nicht ersetzen könne. Machnig meinte, der Dreiklang „Person, Programm, Performance“ müsse stimmen. Foto: de Graaf

Nach dem Anschlag auf die Synagoge auf Djerba hat das Thema „Terrorismus“ wieder bedrückende Aktualität. Gleich mit drei Veranstaltungen unterstrich die Akademie die Bedeutung dieses Programmschwerpunkts im Jahr 2002. Globalisierung der Ge-

Glaube und Gewalt

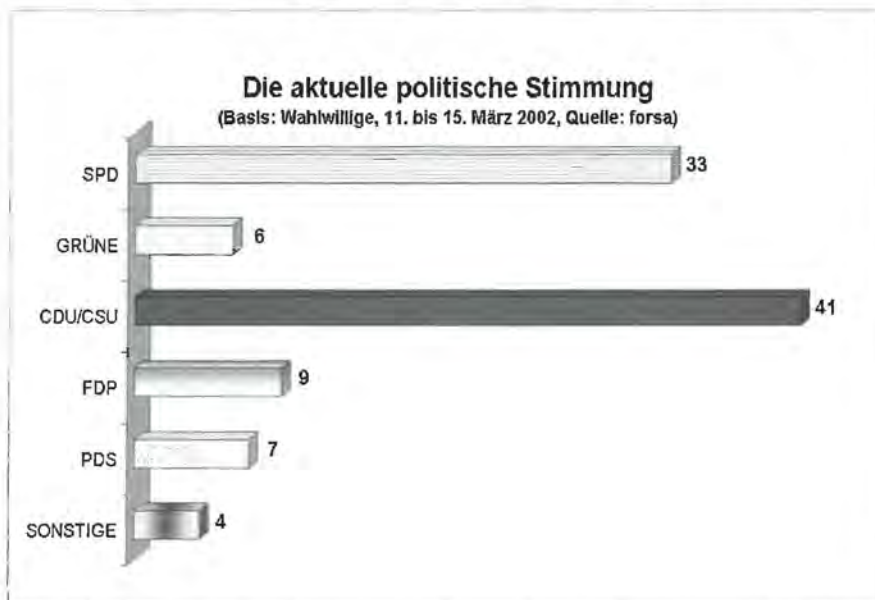
walt, Erschütterung der modernen Staatlichkeit, Motive militanter Fundamentalisten und Gotteskämpfer sowie die Notwendigkeit des Dialogs und Brückenschlags zwischen den Religionen: zentrale Stichworte der Tagungen zur Weltlage nach dem 11. September.

Siehe Seite 8-14

Die Niederlage der SPD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und der anschließende Machtwechsel bringt den Bundestagswahlkampf in Fahrt: „Die Helme werden fester geschnallt“ und es wird „ein Kampf, kein Spaziergang“ (Franz Müntefering). Klar wird auch, dass die Sozialdemokraten noch stärker als bisher auf einen personalisierten „Schröder-Wahlkampf“ setzen. Präzise platziert war die Akademie-tagung „Bilder machen Kanzler“ in Zusammenarbeit mit der Deutschen PR-Gesellschaft und dem Bayerischen Rundfunk. Werbefachleute, Politiker und Wissenschaftler diskutierten über die Rolle der Medien bei der Politikvermittlung und die Frage, ob Personen allein Wahlen entscheiden.

Siehe Seite 3-6

Parteiensympathien in Deutschland



Inhaltsverzeichnis

Seite

Medien und Politik:

Bilder machen Kanzler

3

International und kommunikativ

6

Das Akademiegebäude

ist wenig behindertenfreundlich

6

Bundestagswahl 2002:

Die Wahlen im Internet:

Infos, Kampagnen, Hintergründe

7

Globalisierung der Gewalt -

Erschütterung der Moderne

8

Akademiegespräch im Landtag:

Sterben für den Glauben?

11

Christentum und Islam im Dialog:

Von den Schwierigkeiten des Brückenschlags

13

Gewinner und Verlierer der Globalisierung

16

Auf dem Weg zur multipolaren Welt

19

Integration und Medien:

Wider das Kriminalitätssyndrom

20

Denkmalschutz:

Private Initiativen contra staatliche Gängelung

23

Antennen in die Zukunft

25

Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen

27

Jahresbibliografien 2001

29

Förderkreis

30

Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter

31

Themen - Tagungen - Termine

36

Namen und Nachrichten / Anmeldeformular

40

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

Kollegium:

Dr. Horst **Denzer**, Dozent

Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Klaus **Grosch**

Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Jürgen **Maruhn**, Dipl. Volkswirt

Wirtschaftsordnung, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael **Piazolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**

Ethik und Politik, Internationale Beziehungen

Organisationsreferat:

Elke **Leisching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin **Sittkus**

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH

Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin **Rappenglück**, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Bilder machen Kanzler

Integrierte Wahlkampfkommunikation im Bundestagswahljahr

Die Alltagskommunikation in der Politik ist geprägt durch eine starke Abhängigkeit von Politikern und Journalisten. Diese Interdependenz und die daraus resultierenden Versuche der Beeinflussung werden in Wahlkampfzeiten noch intensiver. Die Kandidaten brauchen die Medien, um Image und Inhalte zu transportieren. Die Journalisten sind auf die Zulieferung dieser Inhalte angewiesen. Dazu kommen die Öffentlichkeitsarbeiter, die für die Professionalisierung der Kampagnen stehen: PR-Agenturen rücken ins Zentrum der Wahlkämpfe. Mit den komplexen Beziehungen dieser Akteure aus der Sicht wissenschaftlicher Analyse einerseits und journalistischer Praxis andererseits beschäftigte sich die zweite Tagung der Reihe „Public Relations und Politik“. Sie wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG) und dem Bayerischen Rundfunk durchgeführt.

Inwieweit beschreibt das weit verbreitete Schlagwort von der „Personalisierung der Politik“ die Wirklichkeit zutreffend?, Frank Brettschneider, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Augsburg, riet zu einer differenzierenden Betrachtung. Zum einen ist ein gewisses Maß an Zuspitzung des Wahlkampfes auf Personen auch für deutsche Wahlen nichts Neues. So hatten schon Adenauer und Brandt Personalisierungselemente bewusst eingesetzt.

Zum anderen sei, so Brettschneider, Personalisierung vor allem ein Phänomen, das durch die Medien immer wieder zum Thema gemacht und zur Gefahr für die Demokratie stilisiert werde. Untersuchungen aus den USA und Deutschland zeigten aber klar, dass vom Wähler die Themenkompetenz des Kandidaten immer noch weit vor allen anderen Bewertungskriterien wie seinem äußeren Erscheinungsbild angesiedelt werde (siehe Schaubild). Resümierend stellte Brettschneider

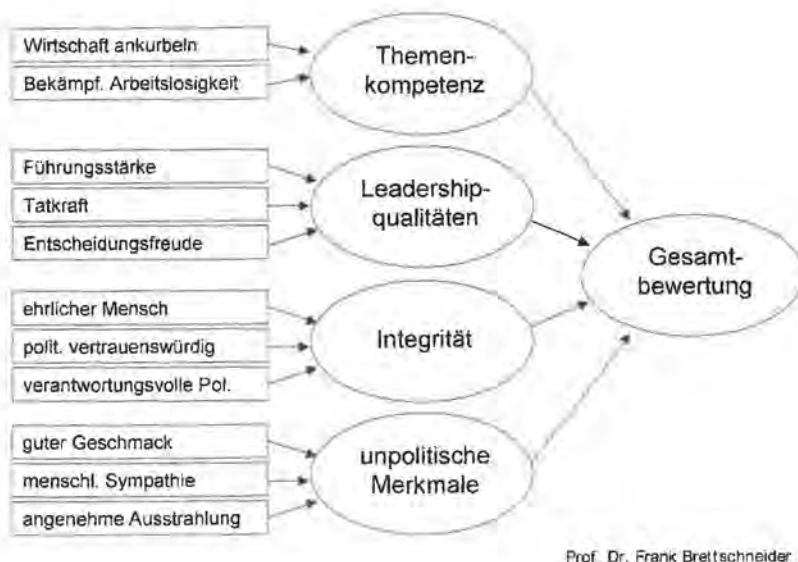
fest, dass man für den Bereich der Wahlkampfführung selbst wohl besser von „Professionalisierung“ sprechen sollte.

Politiker als Markenzeichen

Darauf, dass Bilder im Verhältnis zum Text immer wichtiger würden, wies Peter Wippermann, Kommunikationsdesigner und Gründer des Hamburger Trendbüros hin. Und das vor allem in einer Zeit, da die klassischen Medien durch immer neue virtuelle Kanäle ergänzt werden. Sein Plädoyer, Erkenntnisse aus der Konsumforschung auf den Wahlkampf zu übertragen, stützt sich auf die Ansicht, dass der gesellschaftliche Wertewandel für alle Bereiche gleichermaßen relevant sei. So werde beispielsweise die Anerkennung durch Andere immer wichtiger. Der Politiker müsse zu einem Markenzeichen werden. Wie bei Showgrößen lässt sich dies am besten mittels einer guten Bildergeschichte, die Positives transportiere und fortgeschrieben werden könne, bewerkstelligen. Scharpings „Mallorca-Plantscherei“ ist ein Beispiel für eine völlig misslungene Geschichte. Die Person muss zu den Bildern passen. Images, so Wippermann, seien nicht beliebig konstruierbar.

Ein Feld, auf dem professionelle PR-Agenturen zunehmend eingesetzt werden, ist das Fundraising. Dabei komme es immer mehr darauf an, so der Geschäftsführer der FDP-Kampagne „18/2002 Bürgerfonds für Deutschland“, Martin Biesel, nach amerikanischem Vorbild Wahl- und Spendenwerbung miteinander zu verbinden. In Deutschland stößt man als Spendensammler auf das Problem, dass Spenden für Parteien immer noch nicht so selbstverständlich sind wie z. B. in den USA. Der persönliche Kontakt zum Spender ist der Ausgangspunkt nahezu jedes erfolgreichen Spendenaufbaus. Wichtig sei auch, konkrete Spen-

3. Die „Personalisierung“ des Wählerverhaltens



denziele anzugeben, d.h. beispielsweise, dass eine Spende nur dafür verwendet wird, ein bestimmtes Plakat im Wohnort des Spenders anzubringen. Spendenaffären der Parteien haben immer eine negative Auswirkung auf die „Spendenmoral“ der Bevölkerung, wie aktuell wieder zu sehen ist.

zum anderen aber auch die Partei selbst. So verschwand das „Schröder-Fahndungsplakat“ der CDU sehr schnell wieder in der Versenkung, als dem moralischen Protest von außen zunehmender Druck von innen folgte. Dem Anderen gefälschte Statements zu unterstellen oder das gezielt

Schlechtes Image

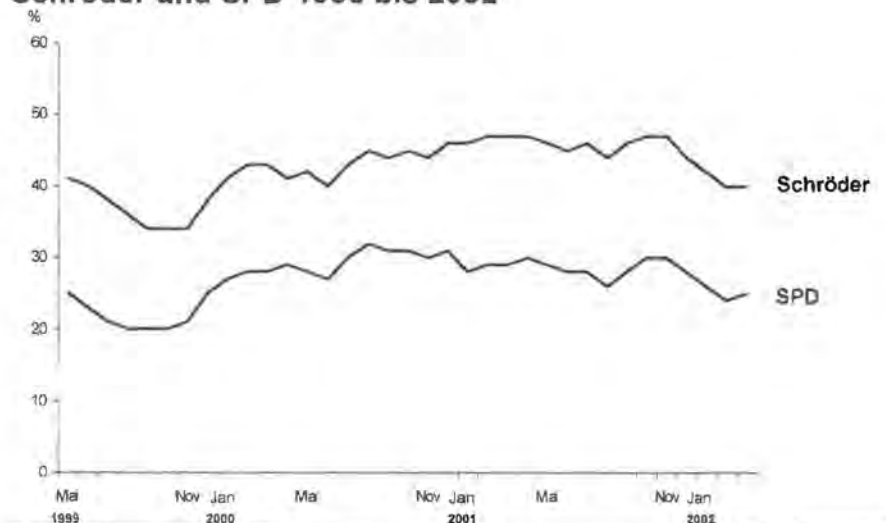
Journalisten und Politiker hätten eines gemeinsam, so der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes und Hamburger Journalistikprofessor Siegfried Weischenberg: „nämlich ein schlechtes Image in der

Manfred Güllner, Geschäftsführer von forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, stellte neueste Daten (Stand März 2002) hinsichtlich der Bundestagswahl vor. Beide Kandidaten liegen vor ihren Parteien, Schröder noch deutlicher als Stoiber (siehe Schaubilder). Entscheidend wird sein, so Güllner, ob es der Kanzler schafft, seine Partei „nach oben zu ziehen“. Bei Frauen aller Altersgruppen (immerhin 52 Prozent der Wahlberechtigten) schneidet der Kanzler deutlich besser ab als sein Herausforderer. 1998 hatten geschlechtsspezifische Merkmale keine Rolle gespielt. Demokratietheoretisch bedenklich stimmt, dass bei den Motiven für SPD-Abwanderer nicht wie noch 1998 die Antwort „andere Parteien sind besser“, sondern mehrheitlich „Versprechen nicht gehalten“ angeführt werde.

Ethische Grenzen

„Tempo, Bilder, Botschaften, Unterhaltung“: das sind für Peter Radunski, ehemaliger Berliner Senator und in den 80er Jahren als CDU-Bundesgeschäftsführer für zahlreiche Wahlkämpfe verantwortlich, die Schlagworte der Kampagnenführung. Mit einer Reihe von Beispielen erläuterte er dabei ethische Grenzen der Wahlkampfkommunikation. Dabei stellte er fest, dass europäische und US-amerikanische Wahlkämpfe noch nie so fair wie heute abgelaufen seien. Dafür seien zum einen die allgegenwärtigen Journalisten, die öffentliche Meinung und der politische Gegner „zuständig“,

Kanzler- und Parteipräferenzen: Schröder und SPD 1998 bis 2002



Peter Radunski: Wahlkämpfe noch nie so fair wie heute

Fotos: Schröder

te Streuen von Gerüchten seien Radunski zufolge inakzeptable Praktiken. Zuweilen wäre etwas mehr Gelassenheit im Umgang miteinander angebracht: „Wer nur den Hammer als Werkzeug kennt, für den wird jedes Problem schnell zum Nagel.“

Öffentlichkeit“. Dabei stellte er besonders auf Seiten der Politiker vielfältige Beeinflussungsversuche fest, deren Erfolg dazu führe, dass die sogenannte „Hofberichterstattung“ der Journalisten nicht die Ausnahme, sondern die Regel ist. Zwischen Journalisten und Politikern ergibt sich folgender Teufelskreis: Der Journalist kann das für ihn notwendige Vertrauen des Publikums nur erhalten, wenn er als unabhängig gilt. Der Politiker hingegen versucht, Vertrauensverlust beim Wähler bzw. Anhänger durch eine tendenziöse Berichterstattung zu verkleinern bzw. diesem vorzubeugen. Dafür braucht er aber Journalisten, die ihm gewogen sind, wodurch diese dann aber auf Dauer ihre Unabhängigkeit verlieren. Generell, so Weischenberg, versuche die Politik, immer größeren Einfluss auf das Informationsmarketing zu erlangen.

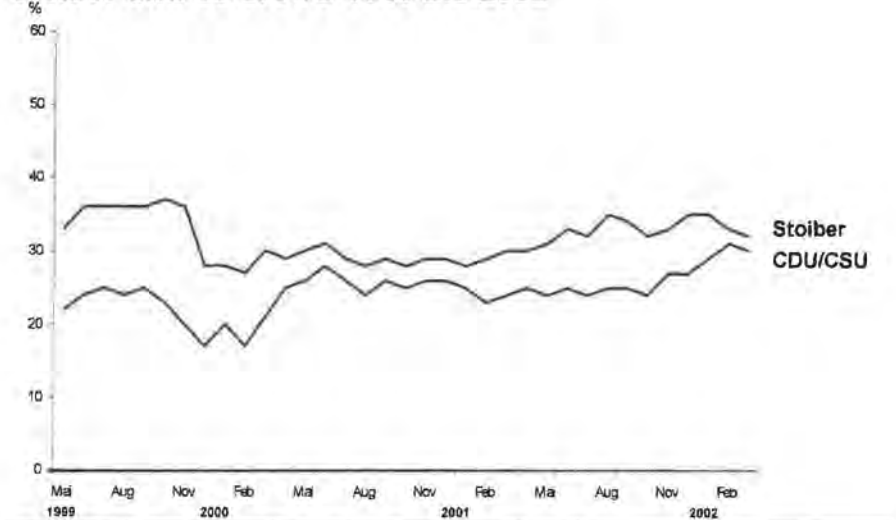
Auftritt vor Aufstieg

„Image“ lässt sich der Imageberaterin Sabine Schwind von Egelstein zufolge als ein „bestimmter, durch Werbemittel erzeugter Eindruck“ verstehen. Etwa 55 Prozent dieses Eindrucks gehen laut einer amerikanischen Studie

erst mal die visuelle Hürde überwinden muss, um mit seinen Argumenten an den Wähler heran zu kommen. Dabei gilt es, auch Kleinigkeiten Beachtung zu schenken: „Mit einem schlechten Haarschnitt assoziieren viele, dass die Person nicht in der Lage ist, die grundlegendsten persönlichen

dass Public Relations den Journalismus dominiere, nannte er einen „Mythos“. Was zunehme, sei das sogenannte „spinning“, also der Versuch, einer Nachricht einen bestimmten „Dreh“ zu geben sowie die Stereotypisierung von Kandidaten.

Kanzler- und Parteipräferenzen Stoiber und CDU/CSU 1999 bis 2002



dabei auf das Konto von Kleidung, Gestik und Mimik, 38 Prozent auf das der Sprache und des Tonfalls, der sachliche Inhalt macht gerade mal 7 Prozent aus. Einem Kandidaten stellt sich also immer das Problem, dass er

Angelegenheiten in Ordnung zu halten“. Fazit: „Vor dem politischen Aufstieg steht der optisch gelungene Auftritt“.

Medien machen Images

Die abschließende Podiumsdiskussion wurde mit einem Vortrag von Wolfgang Donsbach, Kommunikationswissenschaftler an der TU Dresden, eingeleitet. Seiner Ansicht nach werden Wahlen über Images geführt und diese über Medien gemacht. Medien nehmen dabei nicht nur eine passive Rolle ein, sondern sind aktiv und parteilich an der Imagebildung beteiligt. Der Einfluss der Medien, so Donsbach, steigt auch dadurch, dass die Authentizität der Darstellung von Politik immer mehr zurück gehe. Die Ansicht,

Professionalisierung habe bei den Grünen zwar lange gedauert, jetzt herrsche darüber innerhalb der Partei aber Einigkeit. Machnig zufolge ist politische Kommunikation viel schwieriger geworden. Der Politiker müsse sich souverän sowohl in der institutionellen als auch der öffentlichen Handlungsarena bewegen. Goppel wies darauf hin, dass sich schon während der Sozialisation von Persönlichkeiten in Parteien herauskristallisiere, wer gute Chan-



Imageberaterin Sabine Schwind von Egelstein: Nur sieben Prozent eines Eindrucks werden durch sachliche Inhalte bestimmt

„Wer nur den Hammer als Werkzeug kennt, für den wird jedes Problem schnell zum Nagel.“

Peter Radunski

cen bei Kandidaturen um öffentliche Ämter habe. Heiße Luft könne inhaltliche Substanz nicht ersetzen.

1998, so Goppel, hätte es die SPD mit der Wahlkampfzentrale „Kampa“ sehr gut verstanden, die Form über den Inhalt zu stellen. Man habe, so entgegnete Machnig, vor vier Jahren zwar auch die Wahlkampfführung thematisiert, deswegen könne aber noch lange nicht von einem inhaltsleeren



Thomas Goppel: *Heiße Luft kann inhaltliche Substanz nicht ersetzen*

Wahlkampf gesprochen werden. Dennoch müsse man, - so Donsbach ergänzend - sehen, dass die Macher des Wahlkampfes immer mehr selbst ins Zentrum der Kampagne

rückten. Auch hierin ist eine deutliche Annäherung an das amerikanische Vorbild zu sehen.

Den Vorwurf Machnigs, die Union würde den Fehler der SPD der 90er Jahre wiederholen, nämlich einen „Angstwahlkampf“ zu führen, der „polemisiert und spaltet“, entgegnete Goppel, dass den Menschen deutlich gemacht werden müsse, wo man unter Rot-Grün hingenommen und



Matthias Machnig: *Person, Programm und Performance müssen stimmen*

was die Alternative sei. Dies habe mit „Angstwahlkampf“ nichts zu tun. Auf jeden Fall sei ein „Richtungswahlkampf“ (Machnig) zu erwarten, was auf die Wahlbeteiligung positive Wirkung haben dürfte: „Die Menschen haben das Gefühl, es wird eine grundlegende Entscheidung getroffen.“ ■

Manfred Schwarzmeier

(Siehe auch Presseschau S. 34)

International und kommunikativ



Beim 7. Europäischen Forum in der Akademie bekamen junge Menschen aus vielen Staaten die Möglichkeit, Erfahrungen und Perspektiven auszutauschen. Im Planspiel wurden internationale Politikprozesse simuliert und Konferenzen abgehalten. Im Zeichen der Verbrüderung zeigten sich Teilnehmer aus Italien, Spanien, Senegal und Mexiko.

rt

Das Akademiegebäude ist wenig behindertenfreundlich



Im Rahmen zweier Fortbildungsseminare für bayerische Hauptschullehrer wurden Formen der „Projektarbeit“ als sinnvolle Möglichkeit insbesondere fächerübergreifenden Lernens vorgestellt und eingeübt. Die thematische Palette reichte von „Schule und Gewalt“ über „Menschenrechte“ und „Nationalsozialismus“ bis zum „Umgang mit Behinderten“. Die Akademie bot für das letzte Thema brisanten Anschauungsunterricht. Sie nimmt auf Behinderte bislang wenig Rücksicht. Erst allmählich wird sich diese unerfreuliche Situation in nächster Zeit durch Umbauten verbessern lassen.

ph

Bundestagswahl 2002:

Die Wahlen im Internet: Infos, Kampagnen, Hintergründe

Ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl hat der Kampf um Stimmen und Prozente begonnen, auch im Internet. Recherchieren Sie rechtzeitig für das große Medienereignis des Jahres: Kampagnen, Themen, Hintergründe finden Sie bei unseren Webtipps.

www.election.de/

Unabhängig, unparteiisch und kritischer Neutralität verpflichtet. Mit diesem Anspruch haben die Macher von elections.de ein sehenswertes Wahlportal aufgebaut. Aktuelle Nachrichten und Daten, Ergebnisse früherer Wahlen im In- und Ausland, Foren und politische Landkarten garantieren umfassende und schnelle Information.

www.politik-digital.de/wahlkampf

Wie nutzen Parteien das Internet? Politik-digital ist der Frage nachgegangen und hat die Ergebnisse im Special „Wahlkampf – offline und online“ zusammengestellt: Analysen der parteieigenen Homepages, Hintergründe zu Parteikampagnen, Blicke über den nationalen Tellerrand, Chancen und Risiken einer Online-Wahl...

www.wahlrecht.de

Wahlrecht.de bietet fundierte Informationen nicht nur zum Wahlrecht: Wahlsysteme und –verfahren, Methoden der Stimmenverrechnung, Umfrageergebnisse im Vergleich und eine gute Linksammlung machen dieses Wahlportal zu einer guten Hilfe bei der Recherche.

www.bpb.de/wahlen/buch/index.html

Online-Handbuch Wahlen der Bundeszentrale für politische Bildung

www.bundeswahlleiter.de

Bundeswahlleiter – Infos für Deutsche im Ausland, viele offizielle Materialien

De.fc.yahoo.com/w/wahlkampf.html

Wahlkampf-Special von Yahoo – Agenturmeldungen und viele Links

www.destatis.de/themen/d/thm_wahlen.htm

Wahlportal des Statistischen Bundesamtes

www.forschungsgruppewahlen.de

Forschungsgruppe Wahlen – Institut für Wahlanalysen und Gesellschaftsbeobachtung

www.infas.de

Wählerwanderungsanalysen von infas

www.infratest-dimap.de

Politische Stimmung in Deutschland ermittelt von Infratest

www.politikerscreen.de

Politikerscreen – Infodienst für Politik mit News, Themen, sehr gute Links

www.spiegel.de/politik/0,1518,k-1887,00.html

Koalitionsfrage und Spendensumpf – aktuelle Spiegelberichte zur Wahl.

www.wahlen2002.de

Informationen rund um die Bundestagswahlen 2002

www.zdf.de/politik/politharometer/index.html

Das Politbarometer vom ZDF mit News, Hintergründen und Prognosen

E-Mail-Adressen des Kollegiums:

H.Denzer@apb-tutzing.de
K.Grosch@apb-tutzing.de
P.Hampe@apb-tutzing.de

J.Maruhn@apb-tutzing.de
M.Piazolo@apb-tutzing.de
M.Schroeder@apb-tutzing.de

M.Schwarzmeier@apb-tutzing.de
J.Weber@apb-tutzing.de
K.Willenborg@apb-tutzing.de
M.Wolf@apb-tutzing.de

Globalisierung der Gewalt - Erschütterung der Moderne

Wurzeln, Funktionsweise und Bekämpfung des internationalen Terrors näher zu beleuchten, war das Ziel der Akademietagung. Selbstverständlich durfte dabei ein Blick auf den Islam nicht fehlen. Es war vor allem den muslimischen Gästen ein großes Anliegen, diese Religion äußerst differenziert zu betrachten.

Psychologischen Einblick in das terroristische Kalkül gab Peter Waldmann, Terrorismusexperte an der Universität Augsburg. Der Terrorismus sei im Grunde genommen nichts anderes als eine besonders brutale Kommunikationsstrategie. Durch einen überraschenden und schockierenden Gewaltakt würden emotionale Reaktionen provoziert, sowohl beim Angegriffenen als auch bei den eigenen Sympathisanten. Die hervorgerufenen Emotionen sollten den Angegriffenen zu unverhältnismäßigen Gegenreaktionen verleiten, was dann in der Weltöffentlichkeit als Entlarvung aufgefasst werden sollte. Man könne den Terrorismus in seiner provokativen Anti-Haltung als eine „Strategie der

terroristischen Angriffen liegt.“ Die militärische Invasion der Amerikaner in Afghanistan sei möglicherweise als Reaktion gar nicht so gut geeignet. Je mehr man auf einen Diskurs von Machtüberlegenheit setze, desto mehr treibe man die reformbereiten islamischen Staaten in eine unfreiwillige Solidarität mit dem radikalen Lager.



Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel sieht die Rolle der USA kritisch
Fotos: Tremf

Schwäche“ betrachten, folgerte Waldmann. Die Botschaft des 11. September sei allerdings angekommen. „Es ist anzunehmen, dass man auf höchster staatlicher Ebene sehr sensibel auf die gezielte Infragestellung der staatlichen Kernkompetenz, nämlich des staatlichen Gewaltmonopols, reagiert, die in



Otto Depenheuer: „Verstaatlichung der Gewalt ist das Kernmerkmal moderner Staatlichkeit“

Ähnlich kritisch sah auch Ernst-Otto Czempiel von der „Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ die amerikanische Politik. Die USA reagierten ganz „gewohnt“, indem sie Afghanistan bombardiert hätten, anstatt den Akteur Al-Qaida dort zu bekämpfen, wo er sich aufhalte - nämlich in Amerika, Europa und anderen Teilen der Welt. Solcher Kräfte Herr zu werden, das sei die ordnungspolitische Aufgabe Nummer eins. Die amerikanischen Angriffe auf Afghanistan brächen die wichtigste Norm der 1945 mit der Charta der Vereinten Nationen installierten Weltordnung, nämlich das Verbot, Gewalt zu politischen Zwecken einzusetzen. Überhaupt beschädigten die Vereinigten

Staaten schon seit einigen Jahren diese Weltordnung in dem kontinuierlichen Bestreben, sie aufzuheben. Der 11. September sei eine weitere willkommene Gelegenheit in diese Richtung und deshalb hänge viel davon ab, wie die Welt auf die Ereignisse reagiere. Wer jedoch wie die USA und die Europäische Union auf Unilateralismus und Bilateralismus setze, anstatt globale Probleme multilateral zu lösen, der bleibe nicht nur erfolglos, sondern gefährde auch noch seine eigene Sicherheit, betonte Czempiel abschließend.

Kriegserklärung an den Verfassungsstaat

„Bush nimmt die Staaten in die Pflicht. Staaten dürfen nicht nur so heißen, sondern müssen ihre Staatlichkeit auch als Aufgabe wahrnehmen.“ So charakterisierte Otto Depenheuer von der Universität Köln die amerikanische Weltpolitik. Der 11. September könne als Kriegserklärung an den säkularisierten modernen Verfassungsstaat verstanden werden. Denn die Verstaatlichung der Gewalt sei das Kernmerkmal moderner Staatlichkeit seit deren Entstehung im 16. Jahrhundert. Dieses Prinzip des modernen Verfassungsstaates stehe daher nicht zur Disposition. Somit stelle der 11. September die politischen Rationalisten vor eine ähnlich große Herausforderung, wie damals, als es um die Frage gegangen sei, auf welche Art und Weise der Frieden in Gesellschaften gesichert werden könne. Die Strategie sei nichts Geringeres als die Re-Verstaatlichung von Gewalt. „Wenn diese Strategie nicht funktioniert, dann treten wir in eine neue Ära ein. Und bis sich dann wieder neue Ordnungen gefunden haben werden, könnte es ziemlich unangenehm werden auf dieser Welt.“

Geschichtsvergessenheit sei einer der größten Fehler islamischer Gotteskämpfer, so Adel Theodor Khoury. Die Militanten nähmen den Koran stellenweise wörtlich, anstatt nach dem historischen Anliegen der Formulierung von damals zu fragen. Besonders

treffe das auf den Friedensbegriff der Sharia – dem islamischen Gesetz – zu. Hier werde die Aufteilung der Welt in zwei Lager beschrieben. Während das „Gebiet des Krieges“ den noch zu islamisierenden Teil der Welt meine, entspreche das „Gebiet des Friedens“ der Vorstellung eines islamischen Gottesstaates. Ihn weltweit durchzusetzen sei das Endziel des Kampfes. Diesen Friedensbegriff deuteten die Islamisten streng offensiv, wobei etliche Koranglehrte eine defensive Interpretation des islamischen Auftrages für möglich erachteten (siehe hierzu auch den nachfolgenden Beitrag zum Akademiegespräch im Landtag).

Kein einheitlicher Islam

Ähnlich differenziert und deutungssoffen sieht Nasr Hamid Abu Zayd von der Universität Leiden die islamische Religion, wobei man betonen müsse, dass es „den Islam“ als Einheit sowie so nicht gebe. Vielmehr hafte der islamischen Welt seit dem 19. Jahrhundert ein Image von Fortschrittsunfähigkeit und Religionsfanatismus an.



Nasr Hamid Abu Zayd: „Fundamentalismus ist nicht der eine Islam“

Dieses Bild sei im Zuge der ersten großen interkulturellen Auseinandersetzungen im 17./18. Jahrhundert vom Westen kreiert und danach auch von den Muslimen selbst stillschweigend als wahr angenommen worden. Nun hätten sich innerhalb des muslimischen Kulturkreises zwei Erklärungsversuche für dieses Image herausgebildet. Die erste führe die Diskrepanzen auf ein falsches islamisches Religionsverständnis zurück. Die Vertre-

Im Februar 2002 stellte der Zentralrat der Muslime in Deutschland die bereits auf der Tagung angekündigte „Islamische Charta“ vor. Das Dokument macht Aussagen über den Islam, das Selbstverständnis der Muslime in Deutschland und ihr Verhältnis zur politischen Ordnung der Bundesrepublik. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die folgenden Textstellen:

11. (...)

Ob deutsche Staatsbürger oder nicht, bejahen die im Zentralrat vertretenen Muslime daher die vom Grundgesetz garantierte gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich des Parteienpluralismus, des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau sowie der Religionsfreiheit. Daher akzeptieren sie auch das Recht, die Religion zu wechseln, eine andere oder gar keine Religion zu haben. Der Koran untersagt jede Gewaltausübung und jeden Zwang in Angelegenheiten des Glaubens.

12. (...)

Wir zielen nicht auf die Herstellung eines klerikalen „Gottesstaates“ ab. Vielmehr begrüßen wir das System der Bundesrepublik Deutschland, in dem Staat und Religion harmonisch aufeinander bezogen sind.

13. (...)

Zwischen den im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechten und dem Kernbestand der westlichen Menschenrechtserklärung besteht kein Widerspruch. Der beabsichtigte Schutz des Individuums vor dem Missbrauch staatlicher Gewalt wird auch von uns unterstützt. Das islamische Recht gebietet, Gleiches gleich zu behandeln, und erlaubt, Ungleiches ungleich zu behandeln. Das Gebot des islamischen Rechts, die jeweilige lokale Rechtsordnung anzuerkennen, schließt die Anerkennung des deutschen Erb-, Ehe- und Prozessrechts ein.

16. (...)

Der Zentralrat befasst sich hauptsächlich mit Angelegenheiten des Islam und der Muslime im deutschen Raum, sowie mit Angelegenheiten der deutschen Gesellschaft. Ohne die Verbindungen mit der islamischen Welt zu vernachlässigen, soll Deutschland für die hiesige muslimische Bevölkerung nicht nur Lebensmittelpunkt, sondern auch Mittelpunkt ihres Interesses und ihrer Aktivität sein.

(Aus: Frankfurter Rundschau, Nr.45 vom 22. Februar 2002, S.14)

ter dieser Richtung forderten daher eine Re-Interpretation der religiösen Botschaften vor allem in Bezug auf technischen Fortschritt, gesellschaftliche Modernisierung und den Auftrag der kämpferischen Errichtung eines islamischen Gottesstaates. Die zweite Antwort sei fundamentalistischer Natur. Ihre Verfechter hielten die heutige Auffassung vom Islam für unislamisch. Deshalb forderten sie keine Re-Interpretation des Islam, sondern eine verstärkte, wortgetreue Anwendung der alten Schriften, also eine Re-Islamisierung. Dieser Fundamentalismus sei es, den man auf keinen Fall für den einen Islam selbst halten dürfe, unterstrich Abu Zayd mit Nachdruck.

Zur Transformation solchen Gedankenguts in modernitätsverträgliche Konzepte schlug er vor, den Koran und die Sharia als von Menschenhand geschrieben anzuerkennen und nicht als ausschließlich göttliches Wort. Diese Ansicht ermögliche es auch, die große Variabilität zu akzeptieren und den Diskurs nicht nur auf religiöse Themen zu beschränken.

In diesem Kontext warf Mir A. Ferdowsi von der Universität München einen näheren Blick auf die islamistischen Staaten und die Krisen ihrer Entwicklung. Laut Ferdowsi bedienen sich heute zahlreiche Staaten eines durch sozio-ökonomische Krisen re-

vitalisierten Islamismus. Grundsätzlich sei es jedoch ein Irrtum gewesen, durch das Errichten eines starken Staates mit islamistischer Legitimation die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben zu wollen. Erstaunlicherweise seien es nicht die ärmsten aller Länder, in denen der Islamismus besonderen Auftrieb erhalten habe.

Eine Erklärung sieht er darin, dass jeder Entwicklungsprozess zu Umbrüchen führt und damit zu Konflikten und Protest. In jenen Staaten, in denen der säkulare Nationalismus oder auch der Sozialismus spätestens 1990 gescheitert sei, habe sich keine andere alternative Gruppierung des Protests gefunden als die Islamisten. Jedoch, so Ferdowsi, sei nicht erkennbar, wo die islamische alternative Ordnung etwa im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik liege, beides sehr unterentwickelte Gebiete in den entsprechenden Ländern. Hieran zeige sich ganz deutlich, dass die Islamisten außer einer ständigen Beschwörung der glorreichen Vergangenheit keine praktikablen Lösungsvorschläge für dringende Probleme der Gegenwart zur Hand hätten. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Mobilität könne nur über eine gewisse Modernisierung und Egalisierung erreicht werden. „Die moderne Gesellschaft ist nicht mobil, weil sie egalitär ist, sie ist egalitär, weil sie mobil ist“, kommentierte Ferdowsi.

Grundpfeiler der Terrorismusbekämpfung

Für die Terrorismusbekämpfung bedeute Entwicklungspolitik nichts anderes als das „Bearbeiten des Nährbodens“, so Jochen Böhmer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Ziel sei es, bestimmte Staaten in ihrer Fähigkeit zu stärken, selbständig mit Terrorismus umgehen zu können. Entscheidend in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern sei die Vermeidung kultureller Überheblichkeit. „Die Achse des Bösen und ähnliche amerikanische Ausdrücke sind natürlich Metaphern, mit denen wir nichts zu tun haben. Das ist nicht die Politik des BMZ“, schloss der Referent.

Der ehemalige Berliner Innensenator Eckart Werthebach nahm die Wirksamkeit innerdeutscher Sicherheitsmaßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus unter die Lupe. In Deutschland habe das erste Sicherheitspaket mit der Streichung des Religionsprivilegs ausländischer Vereine einen Anfang gemacht. Im zweiten Anlauf seien zahlreiche Veränderungen deutscher Sicherheitsgesetze erfolgt. Die Erweiterung des Aufgabenkatalogs von Verfassungsschutz und Bundes-



Ex-Senator Eckart Werthebach: Maßnahmen des Anti-Terrorpakets gehen nicht weit genug

nachrichtendienst erleichtere beispielsweise die Beobachtung ausländischer extremistischer Organisationen. Auch die Möglichkeit, bei Finanz- und Kreditunternehmen sowie im Bereich der Luftfahrt und der Telekommunikation Auskünfte einholen zu können, lasse sich als Verbesserung werten. Allerdings bestehe von der Seite der Unternehmen leider keine Auskunftspflicht, kritisierte Werthebach. Um sicherzugehen, dass der Rechtsstaat nicht Schritt für Schritt untergraben werde, unterlägen die erweiterten Befugnisse der Nachrichtendienste natürlich vielfältigen Kontroll- und Verfahrensvorschriften. Die im Ausländergesetz vorgenommenen Änderungen verfolgten vor allem die Absicht der Abschreckung ausländischer Terroristen vor der Einreise nach Deutschland. Bewusst habe man identitätssichernde Maßnahmen, zum Beispiel Sprachaufzeichnungen, gestärkt, genauso wie die Zugriffsmöglichkeiten auf die Ausländerzentraldatei.

Trotz aller positiven Neuerungen hob Werthebach hervor, dass ihm die Maßnahmen nicht weit genug gingen.

Dagegen betonte Dietrich Schlegel, Vorstandssprecher von „Reporter ohne Grenzen“, bei der abschließenden Podiumsdiskussion, dass ihm die neuen Zugriffsmaßnahmen des Verfassungsschutzes zu weit gingen. Durch die Überwachung von Internet und e-mail-Verkehr drohten die Anti-Terrormaßnahmen die Medien- und Informationsfreiheit einzuschränken. „Auch wir sind nie die Kultur der Toleranz gewesen“, sagte Dieter Oberndörfer vom Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg. Das zeige allein schon die Tatsache eines noch existierenden Religionskrieges mitten in Europa.

Aushöhlung der Grundrechte

Das ausschließliche Führen einer Toleranzdebatte hielt wiederum Herbert Müller vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg für überholt im heutigen Rahmen des Rechtsstaates. „Wir haben heute Rechte – es ist nicht nötig, dass wir uns in demokratischen Gesellschaften immer wieder mit Begriffen aus dem Absolutismus herumschlagen!“ Vor diesem Hintergrund müsse man auch eine Verstärkung der verfassungsrechtlichen Maßnahmen gegen den Terrorismus fordern dürfen. Eine zu starke Überwachung könne aber andererseits zu einer Aushöhlung der Grundrechte führen, widersprach Nadeem Elyas vom Zentralrat der Muslime in Deutschland. Daraufhin richtete Müller die Forderung an seinen Mitdiskutanten, auch die Verbände müssten klar Stellung beziehen zu verfassungsfeindlichen Schriften des Islam. Selbstverständlich, entgegnete Elyas, trotzdem müsse die deutsche Gesellschaft bei der Kommunikation mit dem Islam auch auf unbequeme Meinungen eingestellt sein. Müller gab ihm auch hierauf eine versöhnliche und zugleich differenzierte Antwort im Zeichen des Rechtsstaates: „Unsere beiden Wertegemeinschaften müssen sich aneinander reiben können.“

■ *Rafael Tremel*

(Siehe auch Presseschau S. 32-33)

Sterben für den Glauben?

Motive und Gedankenwelten militanter Gotteskämpfer

Als die Erstarrung und das Entsetzen über die Anschläge des 11. September 2001 allmählich den analytischen Überlegungen wichen, rückte die Frage nach den Motiven und Beweggründen der Attentäter in den Mittelpunkt. Das Wort vom islamistischen „Gotteskämpfer“ hat seitdem Hochkonjunktur. Neben vielen selbsternannten und von den Medien stilisierten Experten gibt es dabei nur wenige Fachleute, die dieses komplexe Thema mit dem nötigen Hintergrundwissen und der notwendigen Differenzierungsperspektive auszuleuchten im Stande sind. Adel Theodor Khoury, bis 1993 Professor für Religionswissenschaft an der Universität Münster und besonders engagiert in Fragen des christlich-islamischen Dialogs, gehört zu diesem Kreis. Im Rahmen der Akademiegespräche im Landtag analysierte und hinterfragte er die wahren und vermeintlichen Beweg- und Hintergründe dieser anscheinend zu allem entschlossenen Militanten.

Gleich zu Beginn machte Khoury sehr deutlich, dass es keinesfalls um eine „pauschale Beurteilung ganzer Gruppen von Menschen oder ganzer religiöser Gemeinschaften“ gehen dürfe. Denn sogenannte „Gotteskämpfer“, also Menschen, die ihren gewaltsamen Kampf gegen andere Völker, Gruppen oder Personen mit religiösen Motiven zu legitimieren suchen, gab und gibt es in vielen Religionen. Am Beispiel der muslimischen „Gotteskämpfer“ – und dieses Beispiel drängte sich angesichts der verheerenden Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon auf – arbeitete der Islamwissenschaftler zuerst deren religiösen Hintergrund, sodann die religiös-politischen Rahmenbedingungen sowie schließlich die daraus resultierenden handlungsmotivierenden Konsequenzen heraus.

Koran und Shari'a – Leitfaden und Legitimation des Handelns?

Formuliert in einer Zeit, als sich die von Muhammad geführte islamische Gemeinde in Medina ihrer Feinde aus Mekka erwehren musste, sind eine ganze Reihe von Aussagen überliefert,



*Adel Th. Khoury: Fundamentalisten immer noch eine Minderheit
Foto: Schröder*

aus denen die Anweisung zum totalen Krieg („Und kämpft gegen sie, bis es keine Verführung mehr gibt und bis die Religion gänzlich nur noch Gott gehört“) und auch zum Märtyrerkampf abgelesen werden könne: „Und wer auf dem Weg Gottes kämpft, und daraufhin getötet wird oder siegt, dem werden Wir einen großartigen Lohn zukommen lassen.“ Die Rechtsordnung des Islam kenne Khoury zufolge in der Tat eine Aufteilung in zwei Gebiete: zum einen das Terrain des Islam, d. h. des Gottesstaates und zum anderen das Gebiet des Krieges, der Nicht-Muslime. Den Muslimen komme dabei die Pflicht zu, „ihr eigenes Gebiet gegen die Angriffe der Feinde

zu verteidigen.“ Darüber hinaus haben sie sich aber auch aktiv dafür einzusetzen, im Gebiet des Krieges ihrem Glauben zum Sieg zu verhelfen und die Rechte Gottes zur Geltung zu bringen. Der endgültige Friede wird erst erreicht sein, wenn „nur noch ein Staat bestehen bleibt: der der islamischen Gemeinschaft.“ Dies bedeute nun nicht zwangsläufig, dass auf dem Weg dahin zu allen Zeiten Dauerkrieg herrschen müsse, sondern es ist auch möglich, für eine Übergangszeit friedliche Kontakte zu pflegen. Allerdings bedeutet dies nicht die Anerkennung des Gegenübers als gleichberechtigten Partner.

Die politische Gemeinschaft der Muslime (umma) hat ihre Aufgabe darin, „Trägerin und Wahrerin der Rechte Gottes und Hüterin der nach Maßgabe der Rechte Gottes festgesetzten Rechte der Menschen zu sein.“ Im Gegensatz zu einer beträchtlichen Zahl von Denkern und Rechtsgelehrten, die betonen, dass der Koran „eine viel differenziertere Haltung in der Frage des Heiligen Krieges einnehme, handeln die Islamisten nach den schon im Mittelalter proklamierten Parolen, denen zufolge die Erde vom Unglauben gesäubert werden und das Wort Gottes der einzige Sieger sein müsse.

Politisch-religiöse Positionen der Islamisten

Gemäß dem in der theoretischen Lehre des Islam vertretenen Menschenbild, nach dem „der Mensch von sich aus unfähig ist, die Wahrheit zu finden und anzunehmen, und genauso unfähig, den rechten Weg einzuschlagen“, sträuben sich die Islamisten, die Normen und Vorstellungen, die sich im Zuge der Aufklärung in der westlichen Welt durchsetzten, anzuerkennen. Statt dessen fordern sie die (Re-)Islamisierung von Gesellschaft und Staat. Ihrem Verständnis nach



kann es auch keine Trennung „zwischen Religion, Gesellschaftsordnung und politischer Staatsgewalt“ geben – ganz im Gegenteil: dem Islam wohnt als „Religion und Staat“ ein Totalitätsanspruch inne, der alle Bereiche der menschlichen Existenz umfasst. Auf diesem Verständnis fußend haben traditionsgebundene und fundamentalistische Gruppen Probleme mit den freiheitlich-demokratischen Prinzipien von pluralistisch konstruierten Gesellschaften.

Als Gründe für die (Re-)Islamisierungsbestrebungen machte Khoury zum einen die vermeintliche, immer wieder gepriesene Lösungskapazität des traditionellen Islam für aktuelle soziale und wirtschaftliche Probleme sowie die Rückbesinnung auf die altergebrachten Werte und Strukturen, denen die islamischen Glaubensangehörigen während der Kolonialzeit systematisch entfremdet wurden, aus. So gebe es viele Muslime, die aus Überreaktion gegen diese Demütigungen, die sich im Übrigen beispielsweise im Nahostkonflikt bis in die jüngste Vergangenheit fortsetzen, und gegen „die dadurch bei ihnen entstandenen Minderwertigkeitsgefühle nun übermäßige Überlegenheitsgefühle mit ihren komplexen Folgen entwickeln.“

Die Fundamentalisten lehnen im religiösen Bereich „Errungenschaften“, die als typisch westlich deklariert werden, ab. Genannt werden in diesem Zusammenhang immer wieder die aggressive säkularisierte Kreuzzugs-Ideologie, die Trennung des (positiven) Rechts von den Gesetzen Gottes und die Gottlosigkeit der menschlichen Existenz überhaupt, die „dahin führt, dass der Mensch meint, er brauche Gott nicht mehr, sondern er sei selbst Gott geworden.“ Dem westlichen Anspruch, die überlegene Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu besitzen, wird deren Dekadenz und Doppelmoral entgegen gehalten.

Hass auf den Westen und religiöse Verirrungen

Paart sich diese Einschätzung der hoffnungslosen Lage des Islam „mit der einer überhöhten religiösen Selbsteinschätzung und einem akuten Bewusstsein der Ausweglosigkeit der eigenen Situation“, dann kommt es unweigerlich zu einer Explosion, deren Folgen man in den Anschlägen am 11. September mit ansehen musste.

Leitfaden in den Tod

(Auszüge aus dem „Leitfaden für Selbstmordattentäter“, gefunden im Gepäck des Attentäters Mohammed Atta):

„Der Himmel lächelt, mein junger Sohn, denn du marschierst zum Himmel.“

„Du solltest rezitieren, dass du für Gott stirbst. Rasiere das gesamte überflüssige Haar von deinem Körper, parfümiere deinen Körper, und wasche deinen Körper.“

„Stehe in der Nacht auf, und bete für den Sieg, dann wird Gott alles leicht machen und dich beschützen.“

„Öffne dein Herz, denn du bist nur einen kurzen Moment entfernt von dem guten, ewigen Leben voller positiver Werte in der Gesellschaft von Märtyrern.“

„Binde deine Schuhe sehr eng zu, und trage Socken.“

„Erinnere dich an dein Gepäck, die Kleidung, das Messer und die Dinge, die du brauchst.“

„Du wirst bemerken, dass das Flugzeug anhalten und dann erneut fliegen wird. Dies ist die Stunde, in der du Gott treffen wirst.“

Quelle: Der Spiegel 40/2001,
1. Oktober 2001

Bedenklich sei, so Khoury, dass die Verheißungen der Islamisten nicht auf dem Nachweis der Wirksamkeit ihrer Glaubensrichtung in der heutigen Zeit, sondern auf dem bloßen Glauben, präziser noch auf der „Ideologisierung des Glaubens“ gründeten. Diese ideologische Verblendung resultiere aus der gezielten Ausblendung von nicht in ihr Weltbild passenden Tatsachen und der Verabsolutierung des traditionell interpretierten Islam. Dies führe zu einer gefährlichen Immunisierung gegenüber anderen, zeitgemäßerem In-

terpretationsansätzen, die es durchaus auch gebe. Ein Beispiel hierfür ist die Auslegung des Koranabschnitts, in dem für Diebe als Strafe das Abhacken der Hand gefordert werde. Während die Fundamentalisten dies auch heute noch wörtlich nehmen, fragen viele reformerisch orientierte Religionsgelehrte zuerst nach der Intention dieser Aussage. Ihre Schlussfolgerung, dass die Wahrung des Eigentums damit angesprochen sei, sagt nun noch nichts über die konkrete Art der Stra-

fe aus. Deren Ausgestaltung kann durchaus moderneren Kriterien genügen. Im Kern geht es also um die Anerkennung der Zeitgebundenheit der konkreten Formulierungen des Korans. Dass sich aber auch die todeswilligen Gotteskämpfer nicht immer an den Wortlaut des Korans und der Shari'a halten und damit eigentlich unglaublich werden, dürfe Khoury zufolge nicht übersehen werden. So verbiete es das religiöse Gesetz z. B. ausdrücklich, unbeteiligte Menschen, insbesondere Frauen und Kinder sowie natürlich auch islamische Glaubensbrüder in Märtyreraktionen mit einzubeziehen.

Obwohl die fundamentalistischen Gruppierungen immer mehr Zulauf bekommen, darf nicht übersehen werden, dass diese immer noch eine Minderheit darstellen. Allerdings liege es auch ganz entscheidend am Westen, so der abschließende Appell Khourys, durch das Überdenken seiner Ziele und seiner Handlungsweisen dafür zu sorgen, dass aus der Minderheit keine Mehrheit werde mit allen daraus resultierenden Konsequenzen für die Koexistenz der Religionen und Völker. ■

Manfred Schwarzmeier

(Siehe auch Pressestimmen S. 34)

Von Adel Theodor Khoury gibt es neben Koran-Übersetzungen auch zahlreiche Werke zum Islam und insbesondere dessen Verhältnis zum Christentum. Darunter das bereits in sechster Auflage erschienene Buch „Der Islam: Sein Glaube – seine Lebensordnung – sein Anspruch“ sowie jüngst: „Der Islam und die westliche Welt“ (2001).

Von den Schwierigkeiten des Brückenschlags

Diskussionen über das Verhältnis von Glaube und Gewalt

Es besteht kein Anlass zur Überheblichkeit. Gewalt war und ist eine ständige Begleiterin aller Religionen von ihrem Ursprung bis zu ihrer Ausdehnung. Nach den Anschlägen vom 11. September war zu spüren, dass der Islam vielen als eine mittelalterliche und aggressive Religion gilt. Dass die Anschläge von militanten Vertretern einer islamisch inspirierten politischen Ideologie verübt wurden, ist oft betont worden. Dass diese Gewaltanwendung nach Ansicht führender religiöser Autoritäten den Lehren des Koran widerspricht, wurde häufig hervorgehoben. Gleichwohl muss sich auch der Islam seinem Potenzial zur Rechtfertigung von Gewalt stellen. Die Emotionalität der Diskussionen während der Tagung „Glaube und Gewalt“ zeigten, wie sehr uns diese Fragen auch ein halbes Jahr nach dem 11. September bewegen – und wie notwendig ein echter Dialog ist.

Dem Hinweis, Mohammed und Christus seien als Religionsstifter doch Brüder im Geiste gewesen, ging Tilman Nagel von der Universität Göttingen nach – und kam zu einem eindeutig negativen Ergebnis. Eindringlich plädierte der Islamwissenschaftler jedoch dafür, die historische Situation von den heutigen Akteuren zu trennen. Anders als Jesus wirkte Mohammed in einem von Machtinteressen geprägten Gemeinwesen. Die Dekade nach der *hedschra*, der Flucht aus Mekka, war geprägt von Kriegen und der Übernahme der mekanischen Machtpolitik. Während Jesus jeder Gewalt widersprach, nutzte Mohammed die üblichen Formen der Gewaltanwendung zur Durchsetzung seiner Ziele, die im Zeichen der Herrschaft „Gottes und seines Gesandten“ religiös legitimiert wurden. Mohammed verkündete seinen Anhängern den *djihad*, der weiterhin als legitim angesehen wird, solange Mohammeds Handlungsweise als verbindliche Richtschnur für die Nachgeborenen gilt. An die Stelle des weltlichen Umgestaltungswillens des Propheten setzte Jesus die „Liebe als den Inbegriff der Lebensumstände“, die im Himmelreich gelten. Ein im Namen Jesu geführter Krieg wird illegitim bleiben, weil nur das Jüngste Gericht die „*civitas dei*“ vollenden kann – eine Lek-

tion, die man im lateinischen Europa erst nach grausamen Kriegen gelernt habe.



Tilman Nagel: die historische Situation von den heutigen Akteuren trennen Fotos: Wolf

Modernisierung ja – Verwestlichung nein

Dass das Verhältnis des Islam zur Moderne entscheidend durch die westliche Kolonialpolitik geprägt ist, zeigte der Theologe und Religionswissenschaftler Ludwig Hagemann. Die Stellung des Islam zum Westen – Zurückweisung oder Annahme – sei das ent-

scheidende Thema des zeitgenössischen muslimischen Denkens. Durch die Konfrontation zwischen Islam und westlichem Kolonialismus und das Gefühl, dass die islamische Welt gegenüber dem Westen politisch und militärisch ins Hintertreffen geraten sei, erlangte das Muslim-Sein eine neue Dimension. Die erzwungenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen – Lohnarbeit, Einfügung in den Weltmarkt, Landflucht, Auflösung der Dorfgemeinschaft – hinterließen bei vielen Muslimen das Gefühl, Fremde in der eigenen Heimat zu sein und gaben der Suche nach Identität neue Nahrung. Der Islam wurde für viele Muslime somit ein Wesenselement ihrer kulturellen Identität, das gegen die geistigen Angriffe von außen verteidigt werden muss – durch eine Rückbesinnung auf den wahren und echten Islam. Man wollte Modernisierung, lehnte aber jede Verwestlichung ab. In diesem Klima begannen zahlreiche neo-fundamentalistische Bewegungen sich der Unzufriedenen anzunehmen und auf eine islamische Gemeinschaft hinzuarbeiten wie sie zu Zeiten Mohammeds geformt war. Damit richteten sich diese Gruppen nicht nur gegen die westliche politische, kulturelle und wirtschaftliche Vorherrschaft, sondern stellen sich mit ihrer Forderung nach einem islamischen Staat auch gegen die eigene politische Führung, die als „gottloses Regime“ verstanden wird, weil sie den Islam seiner führenden Bedeutung für die Politik beraubt habe. Die trotz formeller Unabhängigkeit bestehende Dominanz des Westens und die zunehmende Entfremdung zwischen verwestlichter Elite und Bevölkerungsmehrheit schaffen heute einen fruchtbaren Nährboden für islamische neo-fundamentalistische Organisationen und Bewegungen. Es sei ein vollständig ahistorisches Denken, so Hagemann, wenn die Lösungen für gegenwärtige Probleme in einer glorifizierten Vergangenheit ge-



sucht werden und eine Gesellschaftsstruktur aus dem 6. nachchristlichen Jahrhundert etabliert werden soll.

Dжихад als Dauerzustand

Von dieser traditionellen, von der Idee der Einheit geprägten Gemeinschaft her sei die islamische Gesellschaftsordnung zu erklären. Ähnlich wie Nagel wies Hagemann darauf hin, dass



Ludwig Hagemann: Fundamentalisten nehmen sich der Unzufriedenen an

das Christentum in einen Staat „hineingeboren“ wurde, während der Islam einen Staat gründete. Religion ist dabei keine Privatsache, sondern staatstragendes Element. Politik, Recht, Kultur und Menschen bilden in diesem Staat eine unauflösliche Einheit, in der das politische Leben eng an das offenbarte Gesetz gebunden ist. Der dжихад als Ausweitung der Grenzen des Islam bis an die Grenzen der Erde, jener Kampf für die Einheit des Glaubens wird nach traditionellem Verständnis als Dauerzustand begriffen. Im traditionellen Verständnis ist jede Friedenszeit nur ein vorübergehendes Innehalten auf dem Weg zur Islamisierung der Welt. Doch Hagemann erinnerte auch an reformerische Denker, die eine neue Sicht des Verhältnisses der Völker untereinander fordern.

In einer rationalen und nüchternen Analyse zeichnete Hans-Peter Raddatz den Lebensweg Mohammeds vom spirituell-religiösen Warner zum politi-

schen Machthaber und Heerführer nach und kritisierte heftig, dass die „Blutspur der Expansion“ des Islam im heutigen Dialog keine Erwähnung finde. Mohammed, bei dessen Tod die Gemeinde auf Expansion eingestellt gewesen sei, habe eine charismatische Begründung für den Kampf als Dauerzustand geliefert, in der sich spirituelle mit wirtschaftlichen Anreizen vermischt. Die oft herangezogenen Belege für die inhärente Friedfertigkeit des Islam – der Sonderstatus für Juden und Christen, die Zeit der andalusischen Kalifen und der mangelnde Zwang im Glauben – wies Raddatz mit dem Hinweis zurück, fundamentalistische Strukturen seien im Islam nie ganz verschwunden gewesen und die Freiheit im Glauben beziehe sich keineswegs auf den Austritt aus der Gemeinschaft. Eindringlich plädierte er deshalb für eine „Pflicht, die Muslime in die Lage zur freien Religionsentscheidung zu setzen.“

Hart ins Gericht ging Raddatz auch mit dem gegenwärtigen Dialog der sogenannten „Islamlobby“, der Züge einer „ideologischen Propaganda“ angenommen habe, da historische Fakten vollständig ausgeblendet würden. Die Fortsetzung eines Dialogs, der auf die

Konfrontation mit den Realitäten verzichte, lehnte Raddatz deshalb ab und bezeichnete jenen Verzicht der Dialogpartner auf Rationalität gar als „Geistesschwund im liberalen Fortschritt“.

Menschenrechte als Herausforderung

Als Inkonsequenz bezeichnete Gerhard Luf von der Universität Wien die Tatsache, dass die Vorteile weltweiter Modernität in islamischen Ländern zwar angenommen, aber zugleich das damit verbundene Menschenrechtsverständnis als westlich-liberal verengtes abgelehnt werde. Man verliere dabei aus dem Blick, dass die Menschenrechte eine Antwort auf das Gewaltpotential eben dieser Modernität seien. Auch im Christentum sah man in der Freiheitsforderung der Menschenrechte lange Zeit „den Geist des Säkularismus, der relativistischen Indifferenz gegenüber der religiösen Wahrheitsfrage und des schrankenlosen, alle sozialen Bindungen baren Individualismus am Werk.“ Der Brückenschlag zwischen christlichem Glauben und neuzeitlichem Freiheitsethos erfolgte keineswegs konfliktfrei,



Zeichnung: Mester

doch schließlich sah man in den Menschenrechten die Antwort auf exemplarische Unrechts- und Leidenserfahrungen. Den spezifischen Beitrag, den das Christentum heute leisten könne, sieht Luf darin, das universelle Leiden und die defizitäre Menschenrechtspolitik sichtbar zu machen und für den unbedingten Wert eines jeden Menschen einzutreten. Doch die Internationalisierung der Menschenrechte sieht sich weltweit konfrontiert mit unterschiedlichen Vorstellungen von Recht und dessen institutioneller Verwirklichung. Die im christlichen Menschenrechtsverständnis nicht mehr als Gegensatz empfundene Dualität von Theonomie und Autonomie wird im muslimischen Kontext sehr wohl als unvereinbar verstanden. Menschenrechte werden als typisches Produkt westlichen Denkens kritisiert und einem eigenständigen, religiös inspirierten „islamischen“ Menschenrechtsverständnis gegenübergestellt. Zwar werden von vielen Muslimen auf abstrakter Ebene universale Prinzipien angesprochen, doch distanzieren sie sich oft von der konkreten inhaltlichen Ausgestaltung, wie sie die Menschenrechte in der europäischen Moderne erfahren haben. Luf beobachtet dabei Bemühungen, den Menschenrechtsbegriff zu „islamisieren“ und in den Kontext einer religiösen Pflichtenordnung zu stellen, die die Verminderung des Schutzzumfangs und der Schutzintensität in Kauf nimmt. Den Versuch einer Verständigung in Menschenrechtsfragen beurteilt Luf dagegen nicht als grundsätzlich chancenlos. Er sollte im Gegenteil mit größerem Engagement unternommen werden, auf überzogene Erwartungen aber verzichten. Der interreligiöse Dialog erfordere, so Luf, „ein hohes Maß an Bereitschaft, sich auf sensible Art auf das Selbstverständnis des Gegenübers und dessen religiös-kulturelle Identität einzulassen.“

Sensibilität mahnte auch Rainer Büren an, als er über die Beweggründe islamischer „Gotteskrieger“ sprach und eine westliche Islampolitik an-

mahnte, die diesen Namen verdiene. Neben einem hohen Maß an Behutsamkeit bedürfe es der Diskretion und militärischer Stärke. Die westlichen Einflüsterungen dürften aus Rücksicht auf die Ehrvorstellungen nicht allgemein hörbar sein, den Gesichtsverlust der regionalen Machthaber also vermeiden, und durch eine voll taugliche



Schech Bashir: „Der Islam strebt keine Weltherrschaft an“

transatlantische Allianz unterstützt werden. Der Nahost-Experte Büren wies außerdem darauf hin, dass die Motive der gewalttätigen Fundamentalisten nicht ausschließlich ideell-abstrakt seien, sondern oft auch ganz konkret materieller Natur.

„Westliche Islampolitik braucht Diskretion und Stärke“

Rainer Büren

Der Fundamentalismus - ein Begriff, der seinen Ursprung im Christentum hat - wird heute beinahe ausschließlich mit dem Islam in Verbindung gebracht.

Horst Bürkle, Theologe und Religionswissenschaftler, unterstrich in seinem Beitrag die notwendige Unterscheidung zwischen den Fundamenten des Glaubens und dem Fundamentalismus als spezielle Auslegungsmethode die-

ser Fundamente. Eine Religion, die wie der Islam die Offenbarung als Glaubensanweisung und zugleich als Gesetzbuch versteht, fordert Gehorsam auch in nicht-islamischen Ländern. Dabei könne die Anwesenheit von Muslimen in Europa auch für den Islam eine Herausforderung und Chance sein. Doch von vielen gläubigen Muslimen wird die europäische Umgebung zunehmend als eine Gesellschaft wahrgenommen, die sich von Gott entfernt hat und deren Glaube zu einer Reliktpflege verkommen sei. Die Notwendigkeit des friedlichen und respektvollen Miteinanders liege auf der Hand und es gebe auch, so Bürkle, zahlreiche Möglichkeiten der echten Integration, zum Beispiel durch eine Abstimmung von Arbeits- und Gebetszeiten oder durch die Verwirklichung des Anspruchs auf religiöse Unterweisung. Gleichwohl dürfe der in den säkularen, nach-christlichen Gesellschaften eingeräumte Freiraum nicht zu einer innerstaatlichen Gegenbewegung oder gar fundamentalistischen Abkapselung genutzt werden.

Akzeptanz statt Toleranz

Als Mitglied zahlreicher muslimischer Vereinigungen in Deutschland forderte Schech Bashir einen Dialog auf allen Ebenen, um dieser Abkapselung entgegenzuwirken. Noch immer hätten viele der islamischen Vereine in Deutschland den Charakter von Heimatvereinen und könnten nicht als Organe des Dialogs verstanden werden. Den von Islamwissenschaftlern immer wieder zitierten Koranversen, die die kämpferische Natur des Islam belegen sollen, hält Bashir Aussagen entgegen, wonach Gott die Vielfalt gewollt habe. Jene Stellen, die zum Frieden aufrufen, würden unterschlagen. Der Islam strebe keineswegs nach einer weltumspannenden Herrschaft. Auch gegen den Begriff der Toleranz wendet sich Bashir. Was die Muslime zu recht fordern könnten, sei volle Akzeptanz, die sich schon in der Gestaltung von Moscheen, Gebetsräumen und Kindergärten äußere. ■

Miriam Wolf

Gewinner und Verlierer der Globalisierung

Wissenschaftler und Politiker erörtern Chancen
und Risiken für die Dritte Welt

Der meistdiskutierte Begriff der politischen Debatte stand im Zentrum gleich zweier Tagungen: Globalisierung. Ursprünglich meinte dieses erst gut zehn Jahre alte Schlagwort überwiegend die wachsende weltwirtschaftliche Verflechtung. Heute umfasst es auch die politischen, kulturellen und ökologischen Dimensionen. Damit wuchs die kontroverse Betrachtung dieses Prozesses. Auch in den Industrieländern, die als Gewinner der Globalisierung gelten, werden kritische Stimmen laut. Wie steht es um soziale, ökonomische und ökologische Folgen? Wer sind die Verlierer? Kann die Wettbewerbspolitik in ihrer heutigen Form den Fusions- und Konzentrationstendenzen internationaler Unternehmen effektiv gegenüber treten? Wie kann sie an neue Herausforderungen angepasst werden?

Tagungsleiter Peter Hampe wies in seinem Referat auf vielfältige Bereiche hin, in denen sich Globalisierungstendenzen zeigen. Markant sei dies bei Umweltproblemen, deutlich aber auch im Sport- und Kulturbereich. Auch Religionen, sowie Ideologien und generell Wertvorstellungen hätten globale Ausdrücke. Die im Zentrum der Debatte stehende wirtschaftlich-technische Globalisierung, die man begrifflich als „Intensivierung eines internationalen Beziehungsgeflechts“ fassen könne, werde vor allem von vier Faktoren voran getrieben. Erstens durch die politisch gewollte, weil vorteilhafte Liberalisierung des internationalen Handels und Kapitalverkehrs. Durch die Transformation der Planwirtschaften der ehemaligen Ostblockländer in Marktwirtschaften, aber auch durch die erfolgreiche Exportorientierung der asiatischen Tigerstaaten sei zweitens eine zunehmende Zahl von Akteuren zu verzeichnen. Weitere Faktoren seien die kostengünstigen und breit anwendbaren neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Der internationale Handel werde zusätzlich durch die enorme Reduzierung der Distanzkosten begünstigt.

Hampe machte aber auch deutlich, dass die wirtschaftliche Verflechtung kein neues Phänomen sei. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hätte die Handelsverflechtung zwischen den Industriestaaten einen Grad erreicht, der erst in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts wieder erreicht wor-



Gewinner und Verlierer können nicht pauschal ausgemacht werden: Henning Klodt (links) und Peter Nunnenkamp
Fotos: Damm

den sei. Darüber hinaus hatte zum Beispiel Großbritannien ein Drittel seines Kapitals im Ausland angelegt. Nicht zu vergessen seien die rund 60 Millionen Auswanderer aus der Zeit zwischen 1820 und 1914, die meist von wirtschaftlicher Not getrieben ihre Heimatländer verließen. Ebenso schon im 19. Jahrhundert wurde die Basis für unsere heutige Telekommunikation geschaffen. Mit der Einführung des Telegraphen sei die weltweite Nachrichtenübermittlung wesentlich ver-

einfacht worden. Allerdings zeige die historische Erfahrung, so betonte Hampe, dass Globalisierung sich nicht kontinuierliche entwickle, sondern in Phasen auftrete.

Chancen und Risiken

Henning Klodt vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel definierte Globalisierung als Mobilität von Gütern, Technologien, Unternehmen und Arbeitskräften, wobei allerdings nur die Mobilität von Technologien und Unternehmen neue Phänomene darstellten. Die Konsequenzen dieses Prozesses für den Wirtschaftsstandort Deutschland seien teils positiv, teils negativ zu bewerten. Eine negative Entwicklung sei zum Beispiel die sich ausweitende Firmenflucht und der Verlust von Arbeitsplätzen. Besonders für gering qualifizierte Arbeitskräfte werde es immer schwerer, Beschäftigung zu finden: eine dramatische Entwicklung vor dem Hintergrund, dass diese Gruppe schon heute überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Daher forderte Klodt, die Qualifikation entscheidend zu verbessern, um den Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht werden zu können.

Peter Nunnenkamp vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel hob hervor, dass Gewinner und Verlierer des Globalisierungsprozesses nicht pauschal ausgemacht werden könnten. Jedes Land beeinflusse durch seine nationale Politik Gewinne oder Verluste selbst. Er meinte, es bestehe kein deutlicher Zusammenhang zwischen der Öffnung der Märkte und dem Grad der Einkommensungleichheit. Viel eher müssten die Bekämpfung der Korruption und der Bildungsstand der Bevölkerung betrachtet werden. Der Ausbau dieser Bereiche wirke positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes.

Barbara Unmüssig (WEED, Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung, Berlin) sah sehr wohl einen Zusammenhang zwischen Globalisierung und weltweiter Ungleichheit. So sei Afrika fast völlig vom Weltmarkt abgekoppelt und profitiere von Direktinvestitionen nicht. Sie kritisierte aber auch, dass die ökologische Ebene viel zu wenig Resonanz in der Öffentlichkeit fände.



Barbara Unmüssig: zu wenig Resonanz für ökologische Aspekte

Würde der American way of life weltweit exportiert, stieße man schnell an ökologische Grenzen. Neben dem weithin bekannten Treibhauseffekt drohe auch die Verknappung der Süßwasservorräte und der Verlust fruchtbarer Böden. Obwohl diese Probleme technisch gut protokolliert seien, würden sie nicht effektiv bearbeitet. Sie kritisierte zudem, dass die Weltbank erneuerbare Rohstoffe bei der Stromerzeugung nicht fördere.

Auch Sven Giegold, Vertreter der internationalen Bürgerbewegung ATTAC, setzte sich für eine kritische Betrachtung der Globalisierung ein, wobei er ATTAC nicht als Globalisierungsgegner verstanden wissen wollte. So setzt sich ATTAC mit seinen Forderungen vor allem für eine Gestaltung der Globalisierung im Hinblick auf soziale Belange und eine gerechtere Verteilung des Einkommens ein: Neben der Unterstützung der so genannten Tobin-Steuer sollten zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme alle Einkünfte heran gezogen werden. Auch sei es nicht akzeptabel,

Herausforderungen der Globalisierung für Demokratie und Dritte Welt

Den Ausgangspunkt der heutigen Globalisierungsentwicklung sieht Ernst Ulrich von Weizsäcker im Zusammenbruch der kommunistischen Regime 1989/90 und dem Sieg des „besseren“ Systems. Für die Wirtschaft bedeutete dies, dass der vormalige Systemwettbewerb durch den Standortwettbewerb abgelöst worden sei. Zudem sei auch die Verhandlungsposition des Staates gegenüber dem Kapital seit 1990 geschwächt. Die Steuersätze seien zum Beispiel zu Gunsten der Unternehmen gesenkt worden. Weizsäcker, der Vorsitzender der Globalisierungs-Enquete-Kommission des Bundestages ist, äußerte auch Kritik an der Weltbankpolitik, da die weltweite Armut nicht abgenommen habe. Er betonte, eine Änderung der Altersvorsorge sei in diesem Zusammenhang besonders wichtig.

Globalisierung, so Weizsäcker, sei ein irreversibles Phänomen. Man dürfe die daraus resultierenden Vorteile nicht wieder aufgeben, jedoch müssten diese Vorteile allen Menschen zu Gute kommen. Mit dem Voranschreiten der Globalisierung gerate das Gleichgewicht von Markt für die Starken und Staat für die Schwachen durcheinander. In der globalisierten Welt seien Staat und Markt territorial nicht mehr deckungsgleich. Dies führe zum Verlust demokratischer Elemente. Daher forderte Weizsäcker, demokratische Kräfte in die Globalisierung der Wirtschaft einzubeziehen. Auch wenn der Weg dahin schwierig sei, könnten zwischenstaatliche Vereinbarungen realisiert werden. Als Beispiele führte er hier Organisationen der internationalen Zivilgesellschaft wie „Ärzte ohne Grenzen“ an. Derartige Organisationen könnten internationalen Druck ausüben. Die Aktionen „Nestlé kills babies“ oder gegen die Versenkung der Ölplattform „Brent Spar“ vor Norwegen hätten die Wirksamkeit solcher Engagements bewiesen.



Ernst-Ulrich von Weizsäcker: Kritik an der Weltbank

Verschiebung der Geldströme

Weizsäcker forderte weiterhin eine neue Balance der öffentlichen Anliegen gegenüber dem internationalen Kapitalmarkt. In den letzten Jahren sei eine massive Verschiebung der Geldströme zu verzeichnen gewesen. So waren zum Beispiel die privatwirtschaftlichen Ausgaben für Medikamentenforschung schon 1990 höher gewesen als die staatlichen Ausgaben für diesen Zweck. Dies führe dazu, dass heute die Investitionen in der Medikamentenforschung gegen Fettleibigkeit höher lägen als alle finanziellen Mittel für die Medikamentenforschung gegen Tropenkrankheiten zusammen. Diese Schieflage müsse überwunden werden.

Es stelle sich schließlich die Frage, so Weizsäcker, wie lange der Prozess dauere. Die Entwicklung der nationalen Demokratie von Montesquieu bis zur Paulskirche habe ungefähr hundert Jahre gedauert. Weizsäcker sähe keinen rationalen Grund, weswegen die Entwicklung der Weltdemokratie wesentlich schneller gehen könnte. Daher sein Fazit: „Jedes Jahr, dass man dabei versäumt, ist ein verlorenes Jahr. Wir müssen uns also heute anstrengen!“ ■

dass Steueroasen und die damit einher gehende Steuerflucht geduldet würden. Die Entwicklungsländer, so Giegold, müssten durch Schuldenstreichung und Erhöhung der Entwicklungshilfe mehr Unterstützung erfahren. Zusätzlich wird dazu die Öffnung der Märkte des Nordens gefordert. Für transnationale Konzerne müssten international verbindliche, einklagbare Verhaltensstandards gelten.

Anspruch und Realität

Robert Kappel von der Universität Leipzig zeichnete ein recht düsteres Bild der Realität in Afrika. Im Vergleich zu anderen Kontinenten wiesen viele afrikanische Länder ein geringeres Entwicklungsniveau auf, gekennzeichnet durch hohe Verschuldung, geringe Bildung und schlechte Gesundheitssysteme. Die Investitionen in Afrika fielen äußerst gering aus und zusätzlich seien die hohen Transportkosten und die schlechte Infrastruktur Außenhandelshemmnisse. Der daraus resultierende Anteil am Welthandel von 1,3 Prozent könne nur als marginal bezeichnet werden.

Diese schlechten Voraussetzungen werden außerdem noch durch eine fehlgeleitete Handelspolitik „begünstigt“. Die strukturelle Instabilität fördere das Zerschneiden der sozialen Beziehungen und erlaube kaum Kapitalakkumulation. Hohe Kriminalität und Staatszerfall seien die Folgen.

Ambivalent, jedoch überwiegend negativ seien die Folgen der Globalisierung auch in Lateinamerika, so Dieter Boris, von der Universität Marburg. Zum einen seien zwar die Exporte von Rohstoffen gestiegen, zum anderen stagnierten aber die der industriellen Güter. Somit hätte sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum kaum erholen können. Außerdem sei die Außenverschuldung wieder angestiegen und Währungs- und Finanzkrisen böten Angriffsflächen für spekulative Attacken. Auch die neoliberalen Reformen hätten kaum zu einer Verbesserung der Lage beigetragen und überwiegend zu negativen Resultaten geführt. Er forderte daher, den Staat wieder stärker zu installieren und nicht alles den ökonomischen Kräften zu überlassen.

Eine positivere Bilanz konnte lediglich Manfred Mols von der Universität Mainz für den ost- und süd-ost-asiatischen Raum ziehen. Vor allem in den achtziger Jahren sei das Wirtschaftswachstum dieses Raumes immens gewesen. Aber auch Asien sei in der Krise seine Verletzlichkeit gezeigt worden. Großen Einfluss hätte vor allem die dort stattfindende Wertedebatte. Er betonte, dass Globalisierung nicht selektive Modernität bedeuten könne. Auch Umweltprobleme zeigten die Notwendigkeit zum Umdenken im Globalisierungsprozess.



Globalisierungskritiker
Sven Giegold (ATTAC)



Elmar Altvater: Nord-Süd-Transfer nötig

Darin waren sich Elmar Altvater, Freie Universität Berlin und Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“, und Friedrich Sell, Universität der Bundeswehr in München, ei-

„Financing for Development“ setze aber multilaterales Vorgehen voraus. Da sei es schon bedenklich, dass sich die Bush-Regierung derzeit aus vielen internationalen Verträgen zurückziehe, mahnte Altvater. Zusätzlich forderte Sell eine „governance structure“, die die Marktkräfte nicht völlig unkontrolliert agieren lasse. Sie solle einhergehen mit einem „screening“, um die Harsardeure unter den potentiellen Schuldnern auszumachen.

Wege aus der Schuldenfalle

Weitere Möglichkeiten, die Entwicklungsländer aus der Schuldenfalle zu befreien, versuchte Yilmaz Akyüz, Acting Director der Unctad, aufzuzeigen. Kurzfristige Kapitalanlagen wurden vor allem von Altvater kritisiert. Ihr spekulativer Charakter gefährde die Stabilität, die ge-

rade bei kleinen und mittleren Unternehmen für die wirtschaftliche Planung notwendig sei. Deswegen unterstützte er die Tobin-Steuer, die diese kurzfristigen Geldanlagen durch Besteuerung zu erschweren versucht.

Kritischer sah dies Sell, der eine Wirksamkeit der Tobin-Steuer anzweifelte, da diese nur dann funktionieren könne, wenn sich alle daran beteiligten. Dies sei aber unwahrscheinlich. Auch forderte Sell eine klare Kompetenzverteilung zwischen Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), da eine Aufgabenvermischung unvernünftig sei.

Ebenso sei eine vorausschauende Bearbeitung der „emerging economies“ im Gegensatz zum Krisenmanagement im Nachhinein wichtig. ■

Andreas Damm



Friedrich Sell zweifelte die Wirksamkeit der Tobin-Steuer an

nig: Um die hohe Schuldenbelastung der Entwicklungsländer in den Griff zu bekommen, müsse ein Nord-Süd-Transfer von Mitteln stattfinden.

Auf dem Weg zur multipolaren Welt

Einen Wendepunkt in den internationalen Beziehungen sieht Horst Teltschik im 11. September 2001. Jedoch ist es für ihn nicht der Tag, nach dem nichts mehr ist, wie es einmal war. Den USA wurde zwar auf tragische Weise gezeigt, dass sie verwundbar sind. Die Welt aber habe sich schon vorher verändert. Mit dem Ende des bipolaren Systems 1989/90 habe sich eine neue Weltordnung herausgebildet. Diese wurde, so Teltschik, von den USA dominiert. Nach dem 11. September müsse die Entwicklung aber zur multipolaren Welt gehen. Wie eine solche multipolare Welt aussehen könnte und welche Probleme dabei auftreten können, erörterte der ehemalige Sicherheitsberater Helmut Kohl in seinem Referat.

Märkte öffnen

Positiv beurteilte er den Versuch, mit der WTO einen rechtlichen Rahmen für die internationalen Handelsbeziehungen zu schaffen. Um Entwicklungsländern wirklich zu helfen, müssten die bisherigen Regelungen jedoch weiter ausgebaut werden. So sollten zum Beispiel die Märkte der Industrieländer für Agrar- und Textilprodukte geöffnet werden. Es sei unverständlich, dass Maschinen an Entwicklungsländer verkauft würden, die damit produzierten Güter aber bei uns keinen Marktzugang fänden. Auch werde die Kürzung der Entwicklungshilfe allgemein zu wenig beachtet. Gerade unter der rot-grünen Bundesregierung wären drastische Einsparungen vorgenommen worden. Auf diesem Gebiet sei aber die Politik Europas und des Westens gefordert. Es könne nicht Aufgabe der Wirtschaft sein, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Arbeitsplätze durch Freihandel

Als Folgen der WTO-Vereinbarungen nannte Teltschik zum einen eine neue Dynamisierung der internationalen Wirtschaftsverflechtung, aber

auch die Tendenz zu Regionalisierung und regionaler Liberalisierung. Die NAFTA sei ein Beispiel dafür. Mit der FTAA und der APAC stünden weitere Potentiale für Freihandelszonen



Horst Teltschik fordert eine demokratisierte und transparente Globalisierung
Foto: Damm

bereit. Vor diesem Hintergrund sei eine Erweiterung der EU unausweichlich. Die Idee Prodis, eine europäische Freihandelszone mit Russland zu bilden, sei laut Teltschik eine Möglichkeit, den europäischen Standpunkt zu sichern. Ebenso sei eine EU-NAFTA-Kooperation durchaus überlegenswert.

Mehr Freihandel könne neue Arbeitsplätze schaffen. Auch die weltweite Liberalisierung des Kapitalverkehrs sei grundsätzlich richtig. Jeden Tag suchten 1,5 bis 2 Milliarden Dollar Anlagemöglichkeiten. Investitionen in dieser Größenordnung könnten nur international gelätigt werden.

„Wer sich Veränderungen nicht anpasst, entmachtet sich selbst“.

Globalisierung, so forderte der BMW-Manager, sollte aber innerhalb demokratischer Strukturen und vor allem transparent erfolgen. Die Politik müsse hier neue Wege bestreiten. Denn „wer sich Veränderungen nicht anpasst, entmachtet sich selbst“. Viele Probleme seien heute nicht mehr national zu lösen. Die Menschen würden auch weiterhin ihre Identität vor Ort finden. Von Anderen zu lernen, sei aber unabdingbar und böte viele Möglichkeiten, nationale und internationale Probleme zu lösen. ■



Zeichnung: Hanitzsch

Wider das Kriminalitätssyndrom

Journalistische Konzepte für neue Perspektiven gegenüber Ausländern

Ausländer – oder jene Bürger, die man dafür hält – kommen in Lokalteilen deutscher Tageszeitungen relativ selten vor. Und wenn, dann als Opfer von Straftaten rechtsextremer Gewalttäter oder als Kriminelle – bevorzugt in der Form von Zigaretenschmugglern, Autoschiebern oder Diebesbanden. Für Alltag und Normalität im Zusammenleben deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung ist wenig Platz. Dazu kommt, dass Ausländer wenig deutsche Zeitungen lesen. Und wenn, dann vornehmlich Boulevardblätter. Warum? Weil sie es nicht können? Weil sie die deutschen Themen nicht interessieren? Oder weil „ihre“ Themen nicht vorkommen? Dabei ist gerade das lokale und regionale Umfeld wichtig für Integration und Partizipation. In einem gemeinsamen Seminar mit dem Bundespresseamt erarbeiteten Lokalredakteure Konzepte und Strategien für eine etwas andere Berichterstattung zum Thema „Ausländer“.

Georg Ruhrmann, Medienforscher an der Universität Jena, hat sich in einer Langzeitstudie von 1995 bis 1999 intensiv mit dem Bild der Ausländer in vier thüringischen Tageszeitungen be-



Georg Ruhrmann: Negative Ereignisse werden in den Vordergrund gerückt Fotos: Schröder

schäftigt. Nur 10 Prozent der Berichte über Ausländer stehen im Lokalteil, der immerhin der meistgelesene Teil der Zeitung ist. Die Merkmale der Berichterstattung fasst Ruhrmann zusammen:

- Ausländer kommen vorwiegend über den Zusammenhang mit Kriminalität in die Medien

- Innerhalb der Ausländer sind die Türken überrepräsentiert

- Das Thema hat Konjunkturen, die von der politischen Aktualität beeinflusst werden

- Negative Ereignisse werden in den Vordergrund gerückt

- Diese werden vor allem durch das Fernsehen dramatisiert bis hin zur Eskalation

- Die sozialen Veränderungen durch Migration werden nicht als politisch beeinflussbar, sondern als katastrophal und schicksalhaft vermittelt. Metaphern wie „Flut“ und „Schwemme“ untermauern dies.

Ruhrmann beließ es nicht bei der Analyse, sondern gab auch Anregungen für die praktische Arbeit der Journalisten:

- Mehrfachstigmatisierungen müssen vermieden werden

- Das Sprachgefühl muss sensibilisiert werden

- Migranten müssen aus der defensiven und passiven Rolle herausgeholt werden

- Wirtschaftliche Leistungen der Ausländer müssen zum Thema gemacht werden

- Ihre Medien- und Sprachkompetenz muss gestärkt werden

- Die Personalpolitik der Medien muss sich zugunsten der Migranten verändern

Die Aktualität der politischen Diskussion in Berlin rund um das Zuwanderungsgesetz holte auch das Seminar ein: in der Woche vor der Entscheidung im Bundesrat kam der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Fritz Rudolf Körper,



Staatssekretär Fritz R. Körper: Informationen aus erster Hand über das Zuwanderungsgesetz

in die Tagung und berichtete aus erster Hand über die Eckpunkte des Regierungsentwurfes und über die noch offenen Konflikte mit der Opposition und einigen Bundesländern.

Preisgekrönte Zeitungsserie

Felix Berth, Lokalredakteur der „Süddeutschen Zeitung“ aus München, brachte die journalistische Praxis ins Programm. Er stellte die mit dem Lokaljournalistenpreis 2001 der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnete Serie über Ausländer in München vor. 200 Texte in 21 Folgen hintereinan-

der: eine redaktionelle Leistung, die von vielen Redakteuren und Autoren erbracht wurde und die Berth koordinierte. Bedingung: „Die Begriffe ‚multikulturell‘ und ‚Integration‘ durften

de Zahl der rechtsextremen Gewalttaten nicht wundern.“ Der aus der Türkei stammende Politikwissenschaftler kennt Hintergründe: der Ausländeranteil der in den Berichten der Polizeipressestelle genannten Straftäter beträgt 68 Prozent. Dagegen liegt er in der Statistik der Tatverdächtigen in München im Jahr 2000 mit 20 Prozent sogar leicht unter dem Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung (21%) und ist auch noch rückläufig. Die Kritik des Ausländerbeirats an den Medien lautet:

- Über Migranten wird meist nur in Ausnahmefällen und dann im Zusammenhang

mit Kriminalität berichtet. Dabei wird mit Klischees und Feindbildern gearbeitet.

- Muslime sind und bleiben Fremde, obwohl sie zum Teil seit 40 Jahren in Deutschland leben.

Normalität als Ziel

Naz beließ es nicht bei Kritik, sondern machte den anwesenden Journalisten Vorschläge für eine bessere Berichterstattung: Sie sollten mehr mit Ausländern reden als über sie. Er forderte von den Medien ein genaueres Bild der Wirklichkeit mit allen Licht- und Schattenseiten. Es werde nie vermittelt, dass nach Angaben des Landeskriminalamtes 96 Prozent der Ausländer in Bayern noch nie mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind. Und Journalisten sollten ihre deutschen Landsleute darüber aufklären, dass die Integration im eigenen Interesse liege und welche Kosten in Milliardenhöhe die Nicht-Integration verursache. Schließlich forderte er wie

Georg Ruhrmann zuvor, die Repräsentanz der Ausländer unter den Journalisten zu verbessern. „Normalität im Umgang muss sich als Ziel auch in den Medien widerspiegeln“, forderte der Ausländerbeirat.

Ausgestattet mit diesen Wünschen und Empfehlungen von der Seite der Betroffenen machten sich Lokaljournalisten in zwei Arbeitskreisen an die Aufgabe, Konzepte und Ideen für eine andere, bessere Berichterstattung über Ausländer zu entwerfen. Schon die Begriffe sorgten für Diskussionsstoff: Worüber reden wir? Über Ausländer, Inländer ausländischer Abstammung, über Migranten, Asylbewerber, Flüchtlinge? Präzision im Ausdruck ist gefordert, gleichzeitig Sensibilität für andere Kulturen. Und das journalistische Sprach- und Stilgefühl darf auch nicht verletzt werden. Eine Gratwanderung.

Einig waren sich die Teilnehmer, dass offenkundige Probleme des Zusammenlebens nicht unter den Teppich gekehrt werden dürfen. Sorgen und Ängste auf beiden Seiten müssten ernst genommen und aufgegriffen werden. Es komme darauf an, alle sozialen Schichten ins Blatt zu bringen, eben nicht nur den Müllmann, den Straßenkehrer, den Döner-Buden-Besitzer



Felix Berth: Mit der Recherche in die Tiefe gehen

nicht vorkommen“. Zentrales Element war die Personalisierung: „Mit Biografien wollten wir die Lebensweise von Ausländern in unserer Stadt vorstellen. Dabei ist die Qualität der Recherche entscheidend: nicht an der Oberfläche bleiben, sondern in die Tiefe gehen“, erläuterte der Journalist. Angehörige von 182 Nationen leben in München. Natürlich konnten nicht alle berücksichtigt werden. Der einzige in München lebende Staatsangehörige des Vatikan wurde übrigens nicht gefunden. Das tägliche Motto hieß: wo München polnisch, italienisch, türkisch oder ... ist. „Wir wollten auf jeden Fall weg von den Klischees“, sagt Berth.

Dass das gelungen ist, konnte Cumali Naz, der Vorsitzende des Ausländerbeirats in München, bestätigen. Gleichzeitig räumte er ein, dass die Serie wohl wenig von Ausländern gelesen worden sei: „Sie bevorzugen in der Mehrzahl die Boulevardzeitungen.“ Aber das positive Beispiel der SZ-Serie konnte Naz nicht von seiner generellen Kritik an den fünf Münchner Tageszeitungen abbringen. Er sieht einen klaren Zusammenhang zwischen Berichterstattung und Fremdenfeindlichkeit: „Wenn Ausländer immer als Belastung dargestellt werden, muss man sich über die steigen-



Cumali Naz sieht einen Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit und dem Bild der Ausländer in den Medien

sitzer und die Putzfrau. Eine Arbeitsgruppe produzierte einen Themen- und Ideenkatalog für die Serie „Die Welt in unserer Stadt“, in der unter anderem auch auf die Bedeutung der

Ausländer als Unternehmer und Arbeitgeber hingewiesen wurde. In einem Szenario wurde geschildert, wie arm und trostlos eine Stadt ohne Ausländer aussieht. Und eine Reportage aus dem Krankenhaus schildert den Zusammenbruch des Systems ohne ausländische Krankenschwestern.

Renko Thiemann vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) erläuterte zum Schluss der Tagung das Projekt „Integration und Medien“, in das vielfältige Akteure und Institutionen eingebunden sind: Medienforscher liefern Basisdaten über die Mediennutzung der Migranten in

Deutschland, Akademien und Bildungseinrichtungen bieten Weiterbildungsangebote für Journalisten an. Seminare sollen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit von Migrantenorganisationen verbessern. „Runde Tische“ sollen Migranten, Ausländerbeauftragte und -beiräte sowie Journalisten zusammenbringen. Ein „virtuelles Adressbuch“ für Journalisten mit Anschriften von Organisationen und Verbänden erleichtert die Recherche bei einschlägigen Themen. So entsteht mit der Zeit ein Netzwerk* mit dem Ziel, einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Integration über Medien zu leisten. Die Tutzingener Akademie wird ihre Rolle in diesem Langzeitprojekt auch weiterhin spielen. ■

Michael Schröder

(Siehe auch Presseschau S.35)

* Wer mehr über das gesamte Projekt, Forschungsergebnisse, Seminare und den Arbeitskreis „Medien und Integration“ beim BPA erfahren will, wendet sich an folgende e-mail-Adresse: Renko.Thiemann@bpa.bund.de



Ideenbörse im Arbeitskreis



Karikatur: Tomaschoff

Private Initiativen contra staatliche Gängelung

Experten und engagierte Bürger streiten über den richtigen Weg zur Erhaltung wertvoller Baudenkmäler

Baudenkmäler tragen erheblich zur Identität einer Region bei. In Deutschland ist der Staat für historisch wertvolle Gebäude verantwortlich. Doch in der jüngsten Debatte werden Stimmen laut, die Entstaatlichung und mehr Privatinitiative im Denkmalschutz fordern. Wie weit darf der Denkmalschutz in die Baufreiheit der Bürger eingreifen? In welchem Umfang soll überhaupt Denkmalschutz stattfinden? Wie soll dieser zukünftig organisiert sein? Besteht Reformbedarf der derzeitigen Denkmalschutzgesetze? Diese und andere Fragen wurden im Kreise von Fachleuten, Vertretern von Bürgerinitiativen und engagierten Bürgern auf einer gemeinsamen Tagung mit der Petra-Kelly-Stiftung in Tutzing diskutiert.

Viel Aufsehen erregte Dieter Hoffmann-Axthelm mit seinen Reformvorschlägen im Rahmen des Eckpunktepapiers der Grünen-Politikerin Antje Vollmer. Doch was ist es, das die Gemüter so erregt? Hoffmann-Axthelm trat dafür ein, den Denkmalschutz in die Hände



Dieter Hoffmann-Axthelm fordert Entstaatlichung des Denkmalschutzes

der Interessierten zu legen. Der Staat habe vordergründig fiskalische Interessen, weswegen eine verantwortungsvolle Durchführung der Denkmalschutzaufgaben durch ihn nicht gewährleistet sein könne. Beispiele dafür seien die Aufhebung des Denkmalschutzstatus für Gebäude in Innenstädten, um diese für Bauvorhaben von In-

vestoren abreißen zu können. Die Forderung nach Entstaatlichung sei jedoch nicht gleichbedeutend mit der Aufgabe des Denkmalschutzes. Auch wenn dieser in private Hände übertragen würde, sei davon auszugehen, dass die Bürger verantwortungsvoll mit ihren Baudenkmälern umgingen. Es sei unverantwortlich, dass staatliche Behörden mit ihren Auflagen private Bauherren zum Teil an den Rand des Ruins trieben. Zwangsmaßnahmen könnten nur zu Opposition führen. Statt dessen setzte Hoffmann-Axthelm auf Kooperation. Durch Überzeugungsarbeit seien Bauherren viel eher dazu zu bewegen, aktiv am Denkmalschutz teilzunehmen. Eine solche Zusammenarbeit setze aber voraus, dass mit dem Begriff Denkmal verantwortungsvoll umgegangen werde. Eine Einstufung müsse durch Experten erfolgen und vor allem für die Betroffenen nachvollziehbar sein.

Geschmack oder Recht?

Auf heftigen Widerstand stieß Hoffmann-Axthelm vor allem bei Dieter Martin von der Universität Bamberg. Dieser betonte, dass Denkmalschutz keine Geschmacks-, sondern eine Rechtsfrage sei. Schon jetzt sei die Erhaltungspflicht immer vor dem Hintergrund der Zumutbarkeit zu sehen, so dass man nicht davon sprechen kön-

ne, private Bauherren würden in den Ruin getrieben. Zwar seien einige Denkmalschutzgesetze in der Tat bedenklich, jedoch könne die Wirksamkeit insgesamt nicht in Frage gestellt werden. Entschieden sprach Martin sich gegen eine Altersgrenze für Denkmäler aus. Gerade kleinere oder unbedeutendere Werke sollten entsprechend der Venedig-Charta mehr Beachtung finden. Auch sollte der Denkmalsbegriff auf Reste und Spuren von Menschen und Erdgeschichte ausgeweitet werden.



Dieter Martin: Gegen Altersgrenze für Denkmäler

Fotos: Damm

Widersprochen wurde Hoffmann-Axthelm auch von Generalkonservator Egon Johannes Greipl vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege. Seine Reformvorschläge seien „ein fataler Rückschritt hinter die Errungenschaften staatlicher Denkmalpflege.“ Jedoch - das sei positiv zu bewerten - habe Hoffmann-Axthelm eine weit reichende Debatte über den Denkmalschutz angefangen. Nicht Deregulierung, sondern staatlicher Schutz werde von den Bürgern akzeptiert und sogar eingefordert. Dies hätten auch die Rufe nach staatlicher Kontrolle während der BSE-Krise und nach den Terroranschlägen gezeigt. Denkmäler seien Teil der Identitäts-

bildung der Bürger. Daher dürfte Denkmalpflege nicht auf einige wenige exemplarische Bauwerke beschränkt werden. Sie böten Geborgenheit und Wohlbefinden und in diesem Sinne hätten Bürger ein Recht auf eine ästhetische Umwelt. Aber auch die Wirtschaft profitiere vom Denkmalschutz. Jeder vom Staat investierte Euro zöge das acht- bis neunfache an privaten Investitionen nach sich. Gerade mittelständische Unternehmen profitierten davon.

Denkmalschutz als Dienstleistung

Bei aller Kritik konnte Greipl Hoffmann-Axthelm in einem Punkt dennoch zustimmen. Denkmalschutz müsse in Zusammenarbeit mit den Bauherren stattfinden. Diese sollten Denkmalschutz nicht als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung ansehen. Mitarbeiter der staatlichen Behörden müssten geschult werden, ihre Aufgabe mehr als Dienstleistung



Hans-Heinrich Eidt berichtete von vorbildhaften Projekten in Coburg

am Bürger zu sehen. Denkmalschutzbehörden mit ihren Erfahrungen und Kenntnissen sollten den Bauherren helfen, gute und kostengünstige Lösungen zu finden.

Dass Denkmalschutz praktikabel ist, zeigten die Vertreter der Bürgerinitiativen, die sich für verschiedene Schutzprojekte einsetzten. Einen Höhepunkt privater Initiative konnte die Gemeinschaft Stadtbild Coburg e.V.

in den Jahren 1985-1990 erreichen, wie deren Vorsitzender Hans-Heinrich Eidt berichtete. In Zusammenarbeit mit einer ortsansässigen Firma wurden

Denkmalschutzbelange unter kommerzielle Interessen. Wo Bürgerinitiativen und Stadtrat kooperieren, wird zwar für den Denkmalschutz vielleicht

„Gott schütze mich vor Staub und Schmutz, vor Feuer, Krieg und Denkmalschutz.“

(Hausinschrift)

über diesen Zeitraum jährlich 300.000 DM für die Sanierung Coburger Altstadt Häuser zur Verfügung gestellt. Mit diesem Geld konnten 77 Gebäude komplett- oder teilsaniert werden. Noch größere Dimensionen erreichen die Altstadtfreunde Nürnberg.

Unterordnung der Denkmalschutzbelange

Doch nicht alle Bemühungen sind erfolgreich. Eva Leipprand schilderte die vergeblichen Anstrengungen um den Erhalt des Augsburger Industriedenkmals Glaspalast - Shedhalle. Letztlich wurde den Interessen des Investors nachgegeben und die Ab-



Egon Johannes Greipl: Staatlicher Schutz wird eingefordert



Eva Leipprand schilderte vergebliche Bemühungen in Augsburg

mehr erreicht, aber das Interesse der Bürger an den Aktivitäten dieser Vereine lässt nach. Übereinstimmende Meinung: die Auf- und Ausgaben des Staates dürfen nicht zurückgehen. Die derzeit herrschende Debatte wurde einhellig als gewinnbringend und zukunftsorientiert begrüßt. Eine Auseinandersetzung mit dem Denkmalschutz müsse auch weiterhin stattfinden, um den Bestand der historisch wertvollen Bauten und somit die Identität einer Region zu sichern. ■

Andreas Damm

(siehe auch Presseschau S. 31)

bruchgenehmigung für die Shedhalle erteilt. Vertreter ähnlicher Initiativen waren auch aus Bamberg, dem Altmühljura, Passau und Münnerstadt angereist. Alle beklagten die immer noch herrschende Unterordnung der

Antennen in die Zukunft

Wolfgang Hoderlein auf der Suche nach Orientierung in Zeiten beschleunigten Wandels

Der Abschlussvortrag des bayerischen SPD-Vorsitzenden Wolfgang Hoderlein war mehr als eine Hommage des Enkels für seinen großen Vorgänger. Seiner „Suche nach Orientierung in Zeiten beschleunigten Wandels“ hatte er dem Knoering-Begriff „Antennen in die Zukunft“ vorangestellt. Wie seinerzeit Waldemar von Knoering geht es Hoderlein nicht nur um Prognosen einer Zukunftsentwicklung, die wie ein Schicksal auf die Gesellschaft zukommt, sondern um Richtungsbestimmung durch die Sozialdemokratie, für die er spricht: „Die Linke, die nationale wie die europäische, braucht ein Projekt.“ Hoderlein argumentiert mit einem Knoering-Bild aus dem Jahre 1965: „Politik ohne Idee ist wie ein Schiff ohne Steuer; es fährt, aber den Hafen erreicht es nicht.“ Vor dieses Ziel stellt Hoderlein die Frage der Wertebasis, die er mit vier Thesen skizziert:

- **Das dominierende Projekt der Moderne ist die Aufklärung.**
- **Die politische Konsequenz der Aufklärung sind Demokratie, Rechts- und Sozialstaat.**
- **Die Moderne kann insofern als vollendet gelten, wenn diese Ziele abschließend erreicht sind.**
- **Bis dahin betreffen alle Einschnitte, Höhe- und Tiefpunkte der Geschichte nur Zwischenstadien, Etappen am Weg.**

Gefahr des Turbo-Kapitalismus

Hoderlein bestreitet die Behauptung, das Projekt der Moderne sei vollendet; die Ideen der Aufklärung seien keineswegs überholt. „Freilich sind wir verpflichtet, die Wirklichkeit immer wieder neu zu vermessen, Veränderungen festzustellen und zu bewerten und unser Handeln, wenn nötig, neu zu justieren.“

Das neue Problem ist die von europäischen Sozialdemokraten und (überra-

Die Akademie erinnerte im vergangenen Jahr mit einer Gedenktagung an den 30. Todestag ihres Mitbegründers Waldemar von Knoering („Mobilisierung der Demokratie“). Wir haben bereits in den letzten beiden Heften des „Akademie-Reports“ die Rede Hans-Jochen Vogels dokumentiert und über die Diskussionen in den Arbeitskreisen berichtet. Zum Abschluss bringen wir nun einen zusammenfassenden Überblick zum Vortrag von Wolfgang Hoderlein, den wir damit auch als neuen Kurator der Akademie begrüßen.



Wolfgang Hoderlein

schend für Hoderlein) von eingefleischten amerikanischen „Kapitalisten“, den „Chicago Boys“, gleichermaßen gesehene Gefahr eines „Turbo-Kapitalismus“, dessen Wucht die Gesellschaft zerreißen kann. Ursache dürfte das gleichzeitige Aufeinandertreffen von „erstens technologischen Innovationen, zweitens Deregulierungen und drittens Globalisierung“ sein. Drei kritische Aspekte der sozialen Desintegration infolge unkontrollierter Wirtschaft werden von ihm gesehen:

- **Wachsende ökonomische Ungleichheit**
- **Bruch der sozialen Kohäsion: die „Verlierer“ verarmen grundsätzlich und werden gewissermaßen hinauszentrifugiert ohne Aussicht auf Rückkehr.**
- **„Vermarktförmlichung“ aller gesellschaftlichen Bereiche mit einem Bewusstseinswandel weg vom Wert**

und den Werten, hin zum Preis, der scheinbar alles im Leben vergleichbar macht.

Fazit: Das Grauen vor einer Gesellschaft kommt auf, in der zur ökonomischen Ungleichheit und den gesellschaftlichen Auflösungstendenzen die geistige und seelische Verödung hinzutritt.

Sollte dieser Befund stimmen, so steht die moderne Gesellschaft laut Hoderlein vor einem Dilemma:

- **„Die Hinnahme, das Gewähren lassen des ‚Turbo-Kapitalismus‘ verschärft die genannten Tendenzen mit unabsehbaren Folgerisiken.**
- **Die kategorische Zurückweisung, der Versuch der Umkehr zu Kontrollmodellen der 50er und 60er Jahre (Erhards Formierte Gesellschaft) würde unserem Land alles das entziehen, was die wirtschaftliche Entwicklung an realen Gewinnen für die Gesellschaft schon gebracht hat und an potentiellen Gewinnen noch enthält. Von einem Wechsel zu den Modellen, wie sie zwischen 1917 – dem Jahr der russischen Oktoberrevolution – und 1989 unter staatswirtschaftlichen Vorzeichen gescheitert sind, will ich gar nicht sprechen.**

Zwischen diesen analytischen Extremen muss eine realistische Politik ihren Ort suchen und eingreifen. Die konservativen Regierungen haben zu lange die Brücke des Primats der Politik verlassen und den Aufsichtsräten und Unternehmensvorständen das Ruder überlassen. Wir, laut Peter Glotz

selbst mit Tankereigenschaften ausgestattet, sind gewählt worden und aufgerufen umzusteuern.“

Zunächst nennt Hoderlein zwei Zielorientierungen:

1. Ein neues **Gleichgewicht zwischen Markt und Staat**, was heute nur noch auf dem Niveau der Europäischen Union möglich scheint.
2. Eine Jahrhundertaufgabe: der **Vermarktung der Gesellschaft** entgegenzutreten, den Primat der Politik durchsetzen und dabei die Fakten der Globalisierung und die Bedingungen unternehmerischen Handelns berücksichtigen.

Abstrafung durch Abwahl

Für die Praxis führt Hoderlein drei Punkte an:

Erstens:

Reformbereitschaft der deutschen Gesellschaft: Reformpolitik kommt bestenfalls im Zickzack zum Ziel, weil sie, das Dilemma der ja gewollten parlamentarischen Demokratie akzeptierend, ein Stimmungsgemisch aufnehmen muss, das förderliche und hemmende Elemente enthält, da sonst Abstrafung durch Abwahl droht

Zweitens:

Soziale Gerechtigkeit vor dem Hintergrund der Notwendigkeit von Innovationen: Soziale Gerechtigkeit beinhaltet drei Aspekte: Chancengleichheit, Teilhabegerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit. Im Bereich der Chancengleichheit sieht Hoderlein, wie Jahrzehnte zuvor Waldemar von Knoeringen, die Bildung als Königsweg zum Ziel, von dem aber gerade Deutschland weit entfernt und hinter dem europäischen Durchschnitt zurückgeblieben ist. An Beispielen zeigt Hoderlein auch auf, warum sich Rechte und Pflichten bedingen. Als geübter Politiker weiß Hoderlein zwar, dass dies Unbehagen hervorruft, aber er insistiert, weil sonst das Gesamtkonzept nicht aufgehen würde. Hoderlein: „Gerechtigkeit hat immer zwei Seiten. Sozialdemokraten müssen sich für beide einsetzen. Für Gerechtigkeit, also Rechte der Schwächeren an den Staat, und für Gerechtigkeit gegenüber den manchmal gar nicht so viel Stär-

keren, die die Mittel für die Hilfe aufbringen müssen.“ Teilhabegerechtigkeit bedeutet für Hoderlein in Anlehnung an Philip Rosenthal „Teilhabe am Sagen und Haben“. Hier gräbt er ein Feld auf, das auch in der Sozialdemokratie all zu lange brach gelegen hat. Sehr grundsätzlich formuliert er: „Teilhabegerechtigkeit bedeutet aber mehr als nur die Demokratisierung der Wirtschaft. Teilhabe beinhaltet, wie es Herbert Wehner formuliert hat, viel umfassender ‚die Demokratie als Lebensform‘, also nicht nur als formales Prinzip der Staatsordnung. Ein innovatives Projekt der SPD verlangt daher in allen gesellschaftlichen Bereichen mehr Transparenz und mehr Mitbestimmung, z.B. auch in der Selbstverwaltung der sozialen Sicherungssysteme. Der Staat wird nie alles, was sozial wünschenswert ist, ja sogar manches, was notwendig ist, leisten können. Solidarität kann nicht nur staatlich organisiert werden, sondern muss auch höchstpersönlich geleistet werden. Das ist der Auftrag an die entwickelte Zivilgesellschaft.“

„Enkel“ Wolfgang Hoderlein erweist Waldemar von Knoeringens Methode auch bei solchen Themen alle Ehre, die weniger im Zentrum der Betrachtung des politischen „Großvaters“ standen. Auch im Bereich der Verteilungsgerechtigkeit öffnet Hoderlein längst eingestaubte Schatztruhen an Reformvorschlägen (Vermögensverteilung, sogar das Immobilienvermögen bleibt kein Tabu) und fügt neue hinzu: Verteilungsgerechtigkeit zu Gunsten der Familien. Hoderlein zeigt auf, wie wenig die Begriffsklischees stimmen: als typischer Reformers erweist er sich als im besten Sine des Wortes „radikal“, wenn er formuliert: „Wir sind altmodisches Schlusslicht in ganz Europa. Nirgendwo leistet sich ein Land den Luxus, bestausgebildete Frauen nach wenigen Jahren Berufstätigkeit anschließend in die Familienarbeit zu schicken. Nirgendwo ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen so niedrig, qualifizierte Teilzeitarbeit so schwer zu finden, sind so wenig Krippen und Hortplätze vorhanden, wie in Deutschland. Nirgendwo werden Mütter zu Nachhilfelehrerinnen der Nation gemacht, gibt es so wenige Tageschulen und so hohe Ausgaben für

Nachhilfeunterricht wie in Deutschland.“

Drittens:

Weniger Staat? Die Frage wird von Hoderlein bejaht, aber kein Rückzug des Staates aus der Politik propagiert. „Eine Gesellschaft der Individuen und nicht mehr der Kollektive will weniger Regeln und mehr Freiheit.“ Freiheit konkret, auch für Familien im Alltag, das Zulassen einer „Individualisierung von Lebensverläufen“ in allen Altersstufen – all das braucht auch mehr Verantwortung des Einzelnen, aber auch Anstöße aus der Gesellschaft und vom Staat. Alte Gesetze müssen durch neue ersetzt werden. Auch Freiheit bedarf der Organisation und der Auseinandersetzung mit Beharrungskräften.

Hoderlein sieht Schwierigkeiten, die Parteien diesem Modernisierungsschub anzupassen. So müssen sich seiner Meinung nach die Parteien (seine eigene schließt er wiederholt selbstkritisch mit ein) „mit Nachdruck fragen, wie sie erfolgreich ihrem Auftrag nachkommen wollen, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. So bekanntlich der Auftrag des Grundgesetzes. Waldemar von Knoeringen hat auch dazu einen Markenbegriff eingeführt, als er die Partei aufforderte, ‚das Gespräch mit jedermann‘ zu führen. Mir scheint, wir haben das eine Weile vergessen. ...“

Mit Hoderleins Rede ist zugleich eine Absicht der Veranstalter in Erfüllung gegangen, die sich so beschreiben lässt: Das überparteiliche Parkett einer Akademie soll neben vielen anderen Aufgaben auch dazu dienen, Politiker zum lauten Nachdenken zu animieren und in ein produktives Gespräch mit ebenfalls nachdenklichen Teilnehmern zu „verwickeln“. In einer solchen Atmosphäre werden die Beteiligten freier vom vermeintlichen Zwang zu den windschnittigen Ritualen der Politikinszenierung in der Mediendemokratie. Teilnehmer lernen Persönlichkeiten der Politik kennen und Motive ihres Handelns verstehen. Medienbilder lösen sich zugunsten unmittelbarer Wahrnehmung auf, wenn Gelegenheit zu Diskussion, Rede und Gegenrede gegeben ist. ■

Jürgen Maruhn

PUBLIC RELATIONS

Stephan Becker-Sonnenschein
Manfred Schwarzmeier (Hrsg.)

VOM SCHLICHTEN SEIN ZUM SCHÖNEN SCHEIN?



KOMMUNIKATIONSANFORDERUNGEN IM
SPANNUNGSFELD VON PUBLIC RELATIONS
UND POLITIK

Westdeutscher Verlag

Stephan Becker-Sonnenschein
Manfred Schwarzmeier (Hrsg.)

Vom schlichten Sein zum schönen Sein?

Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, Februar 2002,
1. Auflage, 274 S., Euro 21,90

„Politik“ und „Public Relations“ verbindet seit jeher nicht nur das große „P“, sondern eine Jahrzehnte alte, stark im Hintergrund gepflegte Zusammenarbeit. Was sich in den letzten Jahren verändert hat, ist die zunehmende Intensität dieser inzischen symbiotischen Beziehung. Letzte Wahlkämpfe, aber auch das einfache „Machen von Politik“ sind ohne die professionelle Unterstützung von Öffentlichkeitsarbeitern undenkbar geworden. Ebenso ist bei Verbänden und Wirtschaftsunternehmen, die erfolgreiches „Lobbying“ betreiben wollen, die „Governmental Relations“-Abteilung heutzutage integraler Bestandteil der Außenkommunikation. Den aktuellen Stand der Beziehung zwischen Politik und PR sowie Linien zukünftiger Entwicklung aufzuzeigen ist die Absicht dieses Buches, in dem wissenschaftliche Analyse mit Erfahrungen aus der Praxis zusammengeführt wird.

Clemens Vollnhals / Jürgen Weber (Hrsg.)

Der Schein der Normalität

Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur

Olzog Verlag GmbH, München, 2002
455 S., Euro 19,50

Seit dem Ende der DDR kann die Zeitgeschichtsforschung durch die Auswertung der nunmehr frei zugänglichen Quellen ein umfassendes Bild des Herrschaftsapparates und der Herrschaftspraxis des SED-Regimes zeichnen. Das Ergebnis überrascht nicht - und ist dennoch zum Teil Atemberaubend, vor allem dann, wenn die Schicksale der politisch Verfolgten, der Dissidenten und Abweichler, der Andersdenkenden und Regimekritiker, aber auch der vielen normalen Bürger aufgezeigt werden - jenen, die sich dem vormundschaftlichen Staat nicht beugen wollten. Natürlich traf die Parteidiktatur im alltäglichen Leben auch auf den gesellschaftlichen Eigensinn, auf Bürger, die sich deren Zumutungen entzogen und ihren persönlichen Lebensbereich gegenüber den Machthabern abzugrenzen versuchten. Doch der Alltag in der DDR war keinesfalls eine nichtdiktatorische Gegenwelt, sondern stets von den Drohungen und Durchgriffsmöglichkeiten des Regimes durchzogen.

Clemens Vollnhals · Jürgen Weber | Hg.

Der Schein der Normalität

Alltag und Herrschaft
in der SED-Diktatur



OLZOG

Irrtümlicher Weise haben wir bei den Neuerscheinungen in Heft 1/2002 unseren Kollegen Jürgen Weber zum Herausgeber des Buches „Kleine Geschichte Deutschlands seit 1945“ gemacht. Er ist der Autor dieses Bandes. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen (ms)



Jürgen Maruhn / Manfred Wilke (Hrsg.)
Die verführte Friedensbewegung
Der Einfluss des Ostens
auf die Nachrüstungsdebatte

Olzog Verlag GmbH, München, 2002
 255 S., Euro 14,90

„Wie wirklich ist die Wirklichkeit?“, fragt der amerikanische Verhaltens- und Kommunikationsforscher Paul A. Watzlawick. Diese Frage passt auf die westdeutsche Friedensbewegung der frühen achtziger Jahre. Nachdem die sozialistischen Systeme des Ostens zusammengebrochen sind und damit neue Quellen zugänglich wurden - insbesondere auch im Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR - stellt man fest, dass die Friedensbewegung im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte auch eine „verführte“, vom Osten beeinflusste und politisch genutzte Bewegung war.

Wissenschaftler und Fachleute haben zusammengetragen, welchen Einfluss der Osten auf Geisteshaltung, Terminologie und Sprachdeutung genommen hat, wie Generäle, Nobelpreisträger und Medien missbraucht wurden, um die Interessen des Ostens zu vertreten und die Friedensbewegung zu manipulieren.

Heinrich Oberreuter u.a. (Hrsg.):
Der Deutsche Bundestag im Wandel.
Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung
 Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2001*
 307 S., Euro 29,-

Volker Szmula in: DAS PARLAMENT
 vom 22. Februar 2002:

Ansichten zum Deutschen Bundestag

Der Sammelband fasst Ergebnisse der Forschung zusammen, die vorwiegend jüngere Wissenschaftler auf einer Tagung in Tutzing vorgetragen hatten. Ihr Mentor und der Doyen der deutschen Parlamentarismusforschung, Heinrich Oberreuter, weist auf die erstaunliche Konstanz und Effizienz des Bundestages hin, die dieser über fünf Jahrzehnte bewahrt habe. Deshalb sei es angebracht, das Leistungsprofil des Parlaments gegen unreflektierte Kritik zu verwahren und das Bewusstsein über dieses in der Bevölkerung nachhaltig zu festigen. Alle Autoren eint das Bemühen, sich apologetisch den Problemen des deutschen Parlamentarismus zu nähern. Ihre u.a. auf Dissertationen fußenden Referate beleuchten den Bundestag im Verhältnis zur Willensbildung, Entscheidungsfindung, Öffentlichkeitsarbeit und zur „Gesellschaft“. ...

*Das Buch ist mittlerweile in der zweiten Auflage erschienen.

Leserbrief:

Bürgerbeteiligung

Der in Heft 1/2002, S. 30 erschienene Tagungsbericht erregt Verwunderung. Mein Vortrag wird nur mit zwei Sätzen erwähnt, von denen der erste elliptisch ist und der zweite gerade im Gegenteil dessen besteht, was ich gesagt habe. Ich habe extra von expansiven Demokratie-theorien gesprochen, um den Begriff der „Zivilgesellschaft“ in den Theorien von Taylor, Walzer und Habermas zu kritisieren. Meine These war, dass ein größeres Bürgerengagement durchaus wünschenswert sei, aber dies durch einen zu weit gefassten Begriff der „Zivilgesellschaft“ nicht zu erreichen sei. Es ist eine Täuschung, wenn man glaubt, durch zusätzliche Institutionen wie Plebiszite Volksunmittelbarkeit und „mehr“ Demokratie erreichen zu können. Volksunmittelbarkeit gibt es als solche nicht. Wenn sie gewollt wird, kommen unvermeidlich die organisierten Interessen ins Spiel und damit wird die Unmittelbarkeit eine Täuschung.

Prof. Dr. Karl-Heinz Nusser, München

Jahresbibliografien 2001

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

- Heinrich Oberreuter (Hg.): Umbruch '98. Wähler – Parteien – Kommunikation. München 2001
- Heinrich Oberreuter / Christine Lieberknecht (Hg.): Aufbau und Leistung des Parlamentarismus in den neuen Bundesländern. Rheinbreitbach 2001
- Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl / Martin Sebaldt (Hg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Wiesbaden 2001
- Heinrich Oberreuter / Michael Piazolo (Hg.): Global denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel. München 2001
- Image statt Inhalte? Möglichkeiten und Grenzen inszenierter Politik. In: Otto Depenheuer (Hg.): Öffentlichkeit und Vertraulichkeit. Theorie und Praxis der politischen Kommunikation. Wiesbaden 2001, S. 145-157
- '98 und die Folgen – Veränderungen in Parteiensystem und medialer Politikdarstellung. In: Heinrich Oberreuter (Hg.): Umbruch '98. Wähler, Parteien, Kommunikation. München 2001, S. 9-28
- Parlamentarismusgründung. In: Heinrich Oberreuter / Christine Lieberknecht (Hg.): Aufbau und Leistung des Parlamentarismus in den neuen Bundesländern. Rheinbreitbach 2001, S. 7-13
- Die „neue Mitte“ – Herausforderungen für die Unionsparteien. In: Gerhard Hirscher / Roland Sturm (Hg.): Die Strategie des „Dritten Weges“. Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik. München 2001, S. 200-215
- Der Deutsche Bundestag: Konstanz und Wandel eines Parlaments. Zur Einführung. (zusammen mit Uwe Kranenpohl und Martin Sebaldt) In: Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl / Martin Sebaldt (Hg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung. Wiesbaden 2001, S. 7-25
- Plebiszitäre Elemente – Bewährung und Probleme. In: Thüringer Landtag (Hg.): Demokratie lebendiger gestalten. Ettersburger Gespräche 2000. Erfurt 2001, S. 101-113
- Legitimatorische Leitideen – Modernisierung oder Aushöhlung? Entwicklungstendenzen in der EU. In: Hermann Hill (Hg.): Modernisierung – Prozess oder Entwicklungsstrategie? Frankfurt a.M. 2001, S. 445-458
- Gründungsmythen und Legitimationsmuster der beiden deutschen Teilstaaten. In: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hg.): Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien, Bilanzierungen und Perspektiven. Bd. 1: Fragen und Fundamente. München 2001, S. 125-138
- Stichwörter „Gewaltenteilung“ (S. 169-173) und „Verfassungsgerichtsbarkeit“ (S. 534-538) In: Dieter Nohlen (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. München 2001

Kollegium:

Dr. Michael Piazolo

Heinrich Oberreuter / Michael Piazolo (Hg.): Global denken. Die Rolle des Staates in der internationalen Politik zwischen Kontinuität und Wandel. München 2001

Dr. Michael Schröder

Hören - Ein Abenteuer. Hrsg. mit Joachim Kahlert und Axel Schwanebeck. Verlag Reinhard Fischer, München 2001

Dr. Manfred Schwarzmeier

Parlamentarische Mitsteuerung. Strukturen und Prozesse informalen Einflusses im Deutschen Bundestag. Wiesbaden 2001

„Nur“ Stilfragen? Informale Verhaltensregeln und Handlungsnormen im Deutschen Bundestag. In: Heinrich Oberreuter / Uwe Kranenpohl / Martin Sebaldt (Hrsg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Wiesbaden 2001, S. 27-45

Dr. Jürgen Weber

Deutsche Geschichte 1945 - 1990, München 2001, 360 S.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. Bisher wurde ein Publikationsprojekt und der Akademie-Bus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50

Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

☐ Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.

☐ Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Ira Mazzoni in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 23. Januar 2002:

Eine neue Lobby für alte Häuser

Von einer Entstaatlichung der Denkmalpflege, wie sie vor fast zwei Jahren von Dieter Hoffmann-Axthelm und den Grünen auf Bundesebene provokativ allen hoheitlichen und rechtlichen Bedingungen zum Trotz gefordert wurde, ist längst nicht mehr die Rede. Selbst die Grünen haben in ihrem neuen Papier „Grüne Initiative zur Stärkung des Denkmalschutzes“ deutlich von dem falschen Ansatz Abstand genommen. Trotzdem hat die stadtentwicklungspolitisch aktive Petra-Kelly-Stiftung den Polemiker Axthelm in die Politische Akademie geladen, um eine Tagung mit dem Thema „Denkmalschutz, Privatinitiative statt staatlicher Gängelung?“ in Schwung zu bringen und zwei Tage bis zur Abschlussdiskussion in Gang zu halten.

Welch absurde Fragestellung. Aber auf diese Weise kann Dieter Martin von der Universität Bamberg noch ein-

mal ein Grundseminar über das sinnvolle „System des Denkmalrechts“ halten, in dem auch die Zumutbarkeit der Maßnahmen einen entscheidenden Stellenwert haben. Generalkonservator Egon Johannes Greipl wird erklären – und das ist die zweite gute Denkmalnachricht in diesem Jahr nach der Aufstockung des Entschädigungsfonds – dass der bayerische Staat keinen Anlass zur Novellierung der Gesetze und Verfahren zum Schutz von Baudenkmalern sieht.

Dringend muss die Kompetenz der Unteren Denkmalschutzbehörden gestärkt werden. In der Welterbe-Stadt Bamberg, die allein 2000 Baudenkmal besitzt, gibt es keinen Kunsthistoriker, keinen Bauforscher und auch keinen Archäologen, der mit der wichtigen Aufgabe betraut wäre. Wo bleibt die Richtlinien- und Fachkompetenz? Vereine und Bürgerinitiativen können

sie nicht haben. Sie können sich nur einmischen und fordern. Manchmal können sie auch ganz praktisch helfen, Kulturerbe vor dem Verfall zu bewahren.

In Tutzing haben sechs Bürgerinitiativen Gelegenheit, ihre Arbeit vorzustellen: Da wären zum Beispiel die 340 Mitglieder der Schutzgemeinschaft Alt-Bamberg, die ernste Nachwuchsprobleme hat. Eine echte 68er Bewegung, die sich gegen die autogerechte Erschließung in der Altstadt formierte, lange bevor es in Bayern ein Denkmalschutzgesetz gab. Ein Verein, der vor allem beratend tätig ist und versucht, die Bürgerinteressen in die politischen Gremien zu bringen. Lange hat der Verein einen Stadtgestaltungsbeirat gefordert, der nun probeweise seine Arbeit aufgenommen hat. ...

Fazit: Staatliche Denkmalpflege und Bürgerinitiativen sind aufeinander angewiesen und ergänzen sich. Auch wenn es manchmal Differenzen über notwendige Erhaltungsmaßnahmen und romantische Stadtbildpflege gibt.

...

Angela Bachmair in der AUGSBURGER ALLGEMEINEN vom 25. Januar 2002:

Am Bürger hängt's

... auch wenn der Denkmalschutz staatlich bleibt

„Gott schütze mich vor Staub und Schmutz/vor Feuer, Krieg und Denkmalschutz“.

Der Dichter dieser Bamberger Hausinschrift wird wohl frohlockt haben, als vor knapp zwei Jahren der Berliner Stadtplaner Dieter Hoffmann-Axthelm eine kräftige Beschneidung der staatlichen Denkmalpflege forderte und damit eine heftige Debatte über Sinn und Zweck jener Einrichtung auslöste. Inzwischen freilich hat sich das Blatt gewendet: Denkmalschutz ist wieder im Aufwind.

Das wurde auf einer Tagung der Tutzinger Akademie für Politische Bildung und der Petra Kelly-Stiftung deutlich, auf der Hoffmann-Axthelm seine Forderung nach Entstaatlichung der Denkmalpflege erneuerte, sich

aber von den bayerischen Denkmal- und Heimatpflegern sagen lassen musste, dass es im Konflikt zwischen wirtschaftlicher Verwertung und kultureller Bewahrung ohne die Fürsorge des Staats schlecht bestellt wäre um historische Bauten. Auch die Schweiz, von dem Berliner als Domäne staatsfreier, bürgerschaftlicher Denkmalpflege gerühmt, habe mittlerweile Denkmalschutzgesetze nach deutschem Vorbild eingeführt.

Der These Hoffmann-Axthelms, in einer entwickelten Zivilgesellschaft müsse man es „darauf ankommen lassen“, ob die Bürger selbst Verantwortung übernehmen, wenn erst staatliche Gängelung weggefallen sei, stellte der schwäbische Heimatpfleger Peter Fassl die Pflege von Kultur als staatli-

che Kernaufgabe gegenüber. Gerade in einer dynamischen Gesellschaft müsse man die „Erinnerungskultur“ hochhalten, die neben großen Kunstdenkmalern auch Fabriken, Arbeitersiedlungen oder gar Konzentrationslager als Zeugnisse der Geschichte zum Sprechen bringt.

Bayerns Generalkonservator Egon Greipl hält Hoffmann-Axthelms Vorstoß inzwischen fast für erledigt, da nach BSE-Krise und Terroranschlägen die Bürger wieder nach mehr Staat riefen und das Prinzip der Deregulierung kritisch sähen. Davon profitiere auch der staatliche Denkmalschutz, was Greipl daran erkennt, dass der Entschädigungsfonds von 20 auf 23 Millionen Euro aufgestockt wurde. ...

(siehe Seite 23-24)

Andreas Förster in der BERLINER ZEITUNG vom 28. Januar 2002:

„Saturierte Ignoranz“

In Tutzing wurde über die Stellung der SED-Opfer in der Gesellschaft debattiert

Achim Beyer war 17 Jahre alt, als er mit fünf Freunden zusammen 1951 im sächsischen Werdau verhaftet wurde. Die Abiturienten hatten Flugblätter in der Stadt verteilt, auf denen sie demokratische Verhältnisse in der DDR und eine Wiedervereinigung mit dem Westen Deutschlands forderten. Beyer blieb fünfeinhalb Jahre in Haft, dann kam er frei und ging in den Westen. Acht Wochen nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis saß er einem Staatsanwalt in Bamberg gegenüber, der sein Rehabilitationsverfahren betreiben sollte. „Hätten Sie sich drüben anständig verhalten“, sagte ihm der Staatsanwalt ins Gesicht, „dann wären Sie auch nicht ins Gefängnis gekommen.“

Haben politisch Verfolgte aus der DDR, die ihr Land verlassen mussten, in der westlichen Demokratie eine neue Heimat gefunden? Gab und gibt die Bundesrepublik den Opfern des SED-Systems das Gefühl, gebraucht und geschützt zu sein? Die Antworten auf diese Fragen fielen bei einer

Tagung in der Politischen Akademie in Tutzing am vergangenen Wochenende bitter aus. Achim Beyers Erlebnis mit dem Bamberger Staatsanwalt, das wurde deutlich, war eher die Regel als die Ausnahme. Viele Emigranten fanden kaum oder schwer eine neue Heimat im Westen. Es mangelte ihnen an materieller Hilfe, an moralischer Unterstützung im Umgang mit dem bürokratischen System, an Zuwendung und Gesten, die das Gefühl geben, dazuzugehören. Beyer sprach von einer „saturierten Ignoranz“ in der Gesellschaft.

Allianz zwischen Ost und West

Eine Ignoranz, da waren sich die meisten Gäste der Tutzinger Tagung einig, die bis heute anhält. Zwar werden die Verbrechen des SED-Systems nun öffentlich thematisiert; auf die materielle und soziale Stellung der Opfer habe dies aber kaum Auswirkungen. „Während Funktionäre und Stasi-Offiziere automatisch ihre Renten kriegten, die oft höher sind als unsere,

müssen wir für jede zusätzliche Mark Anträge ausfüllen“, erregte sich ein Tagungsteilnehmer. Sein bitteres Fazit: „Es lohnt sich mehr, der Diktatur zu dienen, als sie zu bekämpfen.“

Auf die „vergessene Gruppe“ der rund 2000 schwer- und schwerstgeschädigten DDR-Sportler, die Opfer des Dopingsystems geworden seien, machte die Berliner Publizistin Ines Geipel aufmerksam. Die systematische und menschenverachtende Zerstörung der Körper hauptsächlich von Mädchen und jungen Frauen sei in der Dimension durchaus mit dem politischen Terror der SED in den Fünfzigern zu vergleichen, sagte sie. Politik, Wirtschaft und Sportverbände würden sich aber seit Jahren um die Aufarbeitung der Dopingproblematik herummogeln, weil viele der Mittäter von damals heute wieder in Verbänden und Pharmaunternehmen tätig seien. „Wir erleben einmal mehr, dass immer dann, wenn Allianzen zwischen Ost und West betroffen sind, abgebugelt und blockiert wird“, sagte Ines Geipel.

Werner vom Busch im „COBURGER TAGEBLATT“ vom 20. Februar 2002:

Der Preis der Freiheit

... Terroristen, vor allem jene religiöser Provenienz, sind Regelverletzer, die den modernen, säkularisierten Staat durch ihre Gewaltakte herausfordern. Der Staat nämlich hat, erinnerte der Kölner Politologe Otto Depenheuer an den englischen Staatsphilosophen Thomas Hobbes, in unserem Kulturkreis das Gewaltmonopol – er ist der Einzige, nach den traumatischen Vorfällen des Dreißigjährigen Krieges, der vordergründig wegen religiöser Gründe geführt wurde, letzten Wahrheiten entsagt und sich auf den Frieden als höchstes Ziel staatlichen Handelns festgelegt. ...

Man könne, so Nadeem Elyas, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime in Deutschland, mit den Schriften des Islam alles begründen, so unterschiedlich seien hier die Aussagen. Die ungeheuer feindliche Position der Islamisten entstamme einer nur oberflächlichen Beschäftigung mit den geistigen und staatlichen Grundlagen des Westens, einem historisch begründeten Minderwertigkeitskomplex, der den Vorsprung des Westens immer nur als Bedrohung der muslimischen Welt wahrnehme, erläuterte der libanesischer Islamforscher Adel Theodor

Khoury. Das Problem heutzutage sei, dass der Islam seit der Abschaffung des Kalifats 1924 nicht mehr mit einer Stimme sprechen könne, also sei eine Befassung mit „dem“ Islam immer schwierig, weil nicht deutlich werde, welche Spielart man eigentlich meine. Der Islam, so sein ägyptischer Kollege Nasr Hamid Abu Zayd, „ist von bin Laden und El Kaida gekidnappt“, will sagen, missbraucht worden. Die dringend notwendige Modernisierungsdiskussion im Islam sei durch die Attentate in den USA um Jahre zurückgeworfen worden. Der Koran sei seit 1000 Jahren nicht verändert worden, er brauche eine Reform, um den modernen Gegebenheiten gerecht zu werden. ...

(siehe Seite 8-10)

Franz Eibl im STRAUBINGER TAGBLATT vom 19. Februar 2002:

Mit dem Risiko leben? Der 11. September 2001 und die Folgen für die freiheitliche Gesellschaft

Waren die Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 eine Wegscheide der Weltpolitik? Ist eine Folge der zunehmenden Globalisierung – der wirtschaftlichen Vernetzung der Welt – auch die weltweite Organisation des Terrorismus? Droht jetzt der von dem amerikanischen Politologen Samuel P. Huntington beschriebene „Kampf der Kulturen“, vor allem zwischen den westlichen Industriestaaten und dem Islam? Wie kann der Westen wirksam auf den internationalen Terrorismus reagieren? Müssen wir eine Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte in Kauf nehmen – also auf die Freiheit verzichten, damit wir uns vor den Gewalttätern schützen können? ...

Für Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktordnung hat sich die Welt durch den Massenmord am 11. September nicht verändert. Die Anschläge hätten vielmehr gezeigt, dass sich die Welt längst geändert, die Weltpolitik darauf aber nicht reagiert habe. Denn während zwischenstaatliche Kriege immer seltener geworden seien, habe mit dem Terrornetzwerk El-Kaida nun ein „gesellschaftlicher Akteur“ die Bühne betreten, der seinen Angriff auf die USA von Innen heraus gerichtet hat. Die USA antworteten darauf mit der Bombardierung Afghanistans – nach Ansicht Czempels ein verzweifelter Versuch, die Aktionen der El-Kaida mit einem staatlichen Akteur zu identifizieren. Wie die Vorgeschichte der Anschläge gezeigt habe, befinden sich aber die Terroristen schon längst mitten unter uns, in den USA ebenso wie in Europa. ...

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsschutzes und ehemalige Innensenator von Berlin, Eckart Werthebach (CDU), sieht in Teilen der inzwischen verabschiedeten Gesetze in der Tat geeignete Mittel, um den Terrorismus präventiv abzuwehren. Er betonte, dass insbesondere die Ergänzungen des Ausländergesetzes dazu beitragen sollen, ausländische Gewalttäter davon abzuschrecken, nach Deutschland einzureisen oder sich auf deutschem Staatsgebiet aufzuhalten. Kritisch merkte Werthebach aber an, dass die Verschärfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen natürlich nicht ausreichend sei. Vielmehr komme es darauf an, die Sicherheitsbehörden auch personell und materiell so auszustatten, dass sie auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus überhaupt effektiv reagieren können. Hier sieht Werthebach jedoch vor allem bei den finanziell schwächer gestellten Bundesländern, insbesondere in den neuen Ländern, erhebliche Defizite. ...

Der ägyptische Islamwissenschaftler Prof. Dr. Nasr Abu Zayd von der niederländischen Universität Leiden bestätigte dies. Zayd, der wegen seiner reformistisch-liberalen Interpretation des Koran Ägypten verlassen musste, beklagte die stereotype Auseinandersetzung mit dem Islam in den westlichen Medien, wobei insbesondere den Muslimen ein Minderheitskomplex gegenüber der „westlich-zivilisierten Welt“ unterstellt werde. Der Islam sei keine aggressive Religion von sich aus, sondern eine friedliche Religion, die niemals zur Rechtfertigung terroristischer Anschläge herangezogen werden könne, sagte Zayd. Dies werde klar, wenn man den Koran in seiner Ganzheit betrachte und nicht nur

– wie viele westliche Beobachter dies gerne tun – einzelne Stellen herauspacke, um das Zerrbild einer militanten Glaubensgemeinschaft zu zeichnen. ...

Prof. Dr. Dieter Oberndörfer vom Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg wies darauf hin, dass gerade das Christentum nicht das Recht habe, über den Islam zu richten und einen Gegensatz zwischen dem „toleranten Christentum“ und dem „radikalen Islam“ zu konstruieren. Er erinnerte an die Judenverfolgung und –vernichtung während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie die Sklaverei in den Vereinigten Staaten. Auch heute sei im Christentum noch genügend Potenzial zur Intoleranz vorhanden, wie der Religionskrieg in Nordirland zeige. ...

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Naadim Elyas, warnte jedoch davor, ein Feindbild „Islam“ zu konstruieren. Er beschwerte sich, dass die 3,2 Millionen in Deutschland lebenden Muslime seit dem 11. September unter Generalverdacht stünden. Ausdrücklich unterstützte der Vorsitzende des Zentralrats aber die Überwachung und die Bekämpfung militanter Gruppierungen durch die Behörden. Er rief aber dazu auf, dabei die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Elyas erklärte sich im Namen seines Spitzenverbands ausdrücklich bereit, einen Beitrag für eine bessere Integration der Muslime in der deutschen Gesellschaft zu leisten. In diesem Zusammenhang kündigte er für diesen Mittwoch die Vorlage einer „islamischen Charta“ an, indem sich der Zentralrat der Muslime eindeutig zur freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung der Bundesrepublik bekennen werden. ...

(siehe Seite 8-10)

BAYERISCHE STAATSZEITUNG vom 1. März 2002:

Der Islam eine Religion des Friedens?

Religionswissenschaftler attestiert Extremisten
Fehldeutung des Koran

... Widersprüche zu den Vorgaben des Koran erkennt Khoury beispielsweise daran, dass immer wieder unbeteiligte Menschen bei Selbstmordattentaten gewaltbereiter Islamisten verletzt und getötet werden. Doch das, so Khoury, „verbietet das religiöse Gesetz“. Der Religionswissenschaftler, der als Vorstand der Forschungsstelle für den christlich-islamischen Dialog im Libanon fungiert und mehrere Koran-Übersetzungen verfasst hat, erinnerte daneben an die Vorschrift des Koran, nicht maßlos im Töten zu sein. „Wird hier nicht die Grenze zur Maßlosigkeit überschritten?“ fragte Khoury mit Blick auf die Angriffe der letzten Zeit. Dass Muslime die auf Frieden abzielenden Vorschriften des Koran dennoch immer häufiger missachten, hat laut Khoury vor allem soziale und wirtschaftliche Gründe: Die bedrückenden wirtschaftlichen Verhältnisse in vielen Ländern der islamischen Welt führten bei der Not leidenden Bevölkerung nicht nur zur Unzufriedenheit mit der Regierung, sondern auch mit der dahinter stehenden Ideologie.

Dazu kommt nach Ansicht von Khoury, dass viele Muslime die Unterdrückung der islamischen Tradition während der Kolonialzeit noch heute als Demütigung empfinden und gegen die „Dadurch bei ihnen entstandenen Minderwertigkeitsgefühle nun übermäßige Überlegenheitsgefühle entwickeln“.

Dass es der in den Augen islamischer Fundamentalisten „dekadente“ Westen geschafft hat, im Gegensatz zu vielen islamischen Ländern eine prosperierende Wirtschaft aufzubauen, schürt den Hass auf die westliche Welt noch zusätzlich, meint Khoury. Der Westen, so erklärt Khoury die Denk-

weise der Extremisten, lege ständig Hindernisse auf den Weg des Islams, so dass die Muslime nie die Chance bekämen, an den Schaltstellen der internationalen Machtmechanismen direkt mitzuwirken. ...



Adel Theodor Khoury

Was also ist zu tun? Prof. Khoury appellierte an alle Muslime, sich wieder auf die zentrale Botschaft des Koran zu besinnen: den Frieden. Wenn der Koran den Frieden aber als das eigentliche Ziel der Muslime nenne, „dann müssen sich die Muslime bemühen, den Weg des Friedens, auch wenn er dornig ist, zu gehen“, mahnte der Islamexperte.

Khoury richtete aber auch einen Wunsch an den Westen: Die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Religion in den westlichen Ländern sollten „ernst machen mit der Bemühung um mehr Gerechtigkeit in der Welt“ sagte Khoury. Denn nur so könne man verhindern, dass das Gefühl der aussichtslosen Unterdrückung in vielen Ländern die Oberhand gewinnt.

(siehe Seite 11-12)

Uli Bachmeier in der AUGSBURGER ALLGEMEINEN vom 25. März 2002:

In manchen Details dem Meinungsbild angepasst

... „Möllemannisierung“ lautet eines der Stichwörter, über das unter der Überschrift „Bilder machen Kanzler“ bei der Akademie für Politische Bildung in Tutzing ein Wochenende lang diskutiert wurde. Springt der FDP-Politiker Jürgen Möllemann mit dem Fallschirm ab, damit er ins Fernsehen kommt? Oder kommt das Fernsehen, weil Möllemann abspringt? Oder trägt sich all das nur deshalb so zu, weil die FDP auf ihrem Parteitag inhaltlich nichts zu bieten hat? Peter Wippermann, Trendforscher und Professor für Mediendesign in Essen, ist bei solchen Fragen um Antworten nie verlegen. Er sagt: „Im Zeitalter der Medien werden Körper zu Medienkörpern.“ Das gilt politisch, wenn etwa US-Präsident George W. Bush auf den Trümmern des 11. September einen Feuerwehrmann in den Arm nimmt. „Der gute, strahlende, anonyme Feuerwehrmann leiht seine Integrität dem amerikanischen Präsidenten.“ Das gilt aber auch fürs Private, wenn etwa Boris Beckers geheimer Fehltritt in einer Besenkammer öffentlich zu einem „emotionalen Blitzableiter“ umfunktioniert wird. „Dann ist die erleichterte Feststellung das Entscheidende, dass man selbst eine stabilere Beziehung als Boris hat.“ Das Ergebnis dieses Vorgangs ist laut Wippermann sehr positiv für Boris Becker: „Alle mögen ihn wieder.“ Inszenieren aber lasse sich so etwas nur schwer, wie das Negativ-Beispiel Rudolf Scharping zeige, dessen heile Swimmingpool-Welt zum Bumerang für den Minister wurde. ...

(siehe Seite 3-6)

Ulrike Schnellbach schreibt in der TAZ vom 13. April 2002 über die Tagung „Ausländer in unserer Region – Minderheiten in die Zeitung holen“:

Eine Flut von fremden Freunden

„Modische Strukturen“ und „Gefahrensemantik“ beim Umgang mit den geliebten, gefürchteten Nichtdeutschen in den Medien: Wie deutsche Zeitungen über AusländerInnen berichten, und wie damit bestimmte Stimmungen gefördert werden

Sebnitz war ein extremes Beispiel. Wie die Medien, gemeinsam mit einer trauernden Mutter, aus einem tödlichen Badeunfall einen rechtsradikalen Übergriff machten – das sucht schon seinesgleichen. Die Frage, ob Medien die Wirklichkeit abbilden oder sie beeinflussen, stellt sich da nicht mehr: die Antwort ist allzu offensichtlich. Aber auch in weniger spektakulären Situationen lässt sich zeigen, dass Medien die Realität, über die sie berichten, auch formen. Besonders deutlich wird das bei der Berichterstattung über sensible Themen, etwa über Ausländer. Die Ablehnung, auf die Ausländer häufig in der deutschen Gesellschaft stoßen, wird schon durch die Wortwahl geschürt, in der über sie gesprochen und geschrieben wird, ist der Kommunikationswissenschaftler Georg Ruhrmann sicher. Wer mit Katastrophenbegriffen über ein Thema schreibe, müsse sich über Angstreaktionen nicht wundern, sagt der Jenaer Professor. Wörter wie „Flut“ oder „Überschwemmung“ seien nicht adäquat für einen Vorgang, der von menschlichen Entscheidungen hervorgerufen oder beeinflusst werde. Die „Gefahrensemantik“ ist ein Merkmal, das der Kommunikationswissenschaftler in zahlreichen Studien über die Ausländerberichterstattung in deutschen Medien seit den 70er Jahren immer wieder gefunden hat. Ein weiteres ist, was Ruhrmann „quasi-modische Struktur“ nennt. Die Berichterstattung über Ausländer folge stärker als andere Themen einer Mode: Einmal haben Flüchtlinge Konjunktur, dann wieder rechtsradikale Übergrif-

fe, jüngst schließlich der Islamismus. Alltagsthemen hingegen kommen im Zusammenhang mit Ausländern kaum ins Blatt, so der wissenschaftliche Befund.

Über Ausländer werde „immer nur als Täter oder Opfer“ berichtet, beklagt auch der Münchner Ausländerbeiratsvorsitzende Cumali Naz. Zwar hat der Presserat in seinem Kodex über journalistische Ethik festgelegt, dass die Herkunft von Straftätern nicht genannt werden soll, wenn die Information für das Verständnis nicht unerlässlich ist. Doch nach wie vor ist häufig von Verdächtigen „südländischen Aussehens“ zu lesen oder von „jungen Türken“, die deutsche Schüler bedrohten. Dabei sind in Deutschland lebende Ausländer nicht krimineller als deutsche Staatsbürger – und das obwohl es eine ganze Reihe Straftaten gibt, die nur Ausländer begehen können, zum Beispiel Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht. Trotzdem ist Kriminalität auch nach den Untersuchungen Ruhrmanns nach wie vor das Thema Nummer eins in der Berichterstattung über Ausländer.

Um ein realistischeres Bild der hier lebenden Ausländer zu zeichnen, müssten die Journalisten „mehr mit ihnen sprechen als über sie“, fordert Cumali Naz. Ansätze gibt es durchaus. So hatte die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) vor zwei Jahren eine Serie über Ausländer in München, mit der sie den Lokaljournalistenpreis der Adenauer-Stiftung gewann: Auf je einer ganzen Seite mit vielfältigen Artikeln zeigten Lokalredakteur Felix Berth und seine Kollegen, „wo München griechisch

ist, afrikanisch oder polnisch“. Es waren überwiegend positive Berichte über Menschen, die es zu etwas gebracht haben – Kneipenbesitzer, Sänger, Models. Arbeitslose, Flüchtlinge oder Straftäter kamen in der Serie nicht vor. „Die Probleme kommen normalerweise genug ins Blatt“, rechtfertigt Berth die Herangehensweise, „da fanden wir eine leicht rosa-gefärbte Brille für die Serie in Ordnung“.

(siehe Seite 20-22)

Achim Beyer in DEUTSCHLAND ARCHIV 1/2002:

Zehn Jahre Öffnung der Stasi-Akten

Die gemeinsame Tagung der Politischen Akademie Tutzing und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BstU) zur Öffnung der Stasi-Akten vor zehn Jahren vom 4. bis zum 6. Oktober 2001 wurde überlagert durch den Konflikt um die Herausgabe von Akten des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl und das Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 4. Juli 2001. Der Tagungsleiter der Akademie, Jürgen Weber, nannte das Stasi-Unterlagengesetz (StUG) ein „Produkt der friedlichen Revolution“, welches von Bürgerrechtlern noch zu DDR-Zeiten ertrotzt wurde, verwies aber auch auf die leidige „Schlussstrich-Debatte“, die fortdauernde Verharmlosung der Diktatur durch ehemalige MfS-Offiziere und Anzeichen von Geschichtsklitterung. Siegfried Sukut, Leiter der Abteilung Bildung und Forschung der BstU, bestätigte als weiterer Tagungsleiter die Intention der Tagung, mit Vorurteilen und falschen Einschätzungen durch fachlich fundierte Vorträge aufzuräumen. ...

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

- | | | |
|--------------|----------------|--|
| 23-1* | 3. - 7. Juni | Wahlkampf in den Medien – Medien im Wahlkampf
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 23-2* | 4. - 6. Juni | Neue Aufgaben für Verbraucherschutz und Verbraucherberatung
In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53 |
| 23-4 | 7. - 9. Juni | Im Fadenkreuz der Terroristen
Der abwehrbereite Staat zwischen Freiheit und Sicherheit
Leitung: Michael Piazzolo / Michael Schröder / Jürgen Weber
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 24-4 | 12. Juni | Akademiegespräch im Landtag
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49 |
| 24-5* | 11. - 12. Juni | Krisenherd Naher Osten – Herausforderung für die internationale Friedenspolitik
In Zusammenarbeit mit der Universität der Bundeswehr München
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 25-4 | 18. - 20. Juni | Neue Formen von Krieg?
In Zusammenarbeit mit den Landeszentralen Baden-Württemberg und Bayern
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53 |
| 25-3* | 21. - 23. Juni | Gender Mainstreaming
In Zusammenarbeit mit der Landeskonzferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an bayerischen Hochschulen
Leitung: Klaus Grosch
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Brigitte Hertenberger	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Die Akademie im Internet: www.apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- 26-1*** 24. - 28. Juni **Föderalismus – Modelle, Herausforderungen, Reformansätze**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 26-2*** 24. - 28. Juni **Ethik und Politik: Das Problem der Gewalt**
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Miriam Wolf / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- 26-3** 28. - 29. Juni **Ethos oder Ellbogen?**
Wertgrundlagen und Erneuerungsbedarf der Sozialen Marktwirtschaft
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Juli

- 27-6*** 1. - 5. Juli **Transatlantischer Journalisten-Dialog**
In Zusammenarbeit mit dem Generalkonsulat der USA, München
und der Deutschen Journalistenschule, München
Leitung: Klaus Grosch / Michael Schröder / Jörg Ludwig
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 27-5** 7. Juli **Faszination Amerika - transatlantische Partnerschaft in schwieriger Zeit**
Passauer Tetralog (Universität Passau)
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Brigitte Hertenberger Tel. 08158/256-47
- 28-1*** 8. - 10. Juli **Kompass, Leuchtturm, Rettungsring?**
Ethik im gesellschaftlichen Zusammenhang
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53
- 28-2** 8. - 12. Juli **Politik kritisch hinterfragt - Recherchetraing**
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut
für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung
an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- 28-4** 12. - 14. Juli **Politik und Religion in einer erweiterten EU**
Nationale Traditionen und religiöser Pluralismus
im Europäischen Einigungsprozess
In Zusammenarbeit mit der DVPW
Leitung: Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

28-6* 12. - 13. Juli

Terrorismus - Krise des Islam und Problem der internationalen Beziehungen

Jahrestagung der bayerischen Politikwissenschaftler/innen
Leitung: Peter Hampe / Jürgen Gebhardt
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-5

30-1* 22. - 26. Juli

Social Systems and Social Work in Germany within the Context of European Integration

In Kooperation mit dem Heinrich-Pesch-Haus und der Katholischen Stiftungsfachhochschule Benediktbeuern
Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

30-2 26. - 28. Juli

Überwachung überall? - Steht die Privatsphäre vor einer grundsätzlichen Neubewertung?

Leitung: Michael Piazzolo / Marie-Theres Tinnefeld
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

August

31-3 1. - 3. August

Gefesselt, entfesselt

Literatur unter der SED-Diktatur und danach
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

32-1* 5. - 8. August

Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart

Ferienseminar I für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

September

36-1* 2. - 5. September

Geld regiert die Welt

Theorie und Praxis von Geld, Börsen und Finanzmärkten
In Kooperation mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen Dienstes in Bayern
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

36-2* 3. - 6. September

Der im-perfekte Mensch

Ethische Probleme der Biotechnologie
Ferienseminar II
Leitung: Miriam Wolf
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

36-4 6. - 8. September

Gewerkschaften wozu?

Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

- | | |
|----------------------------------|---|
| 37-2 10. - 13. September | Aktuelle Fragen der nationalen und internationalen Politik
Ferienseminar III
Leitung: Michael Piazzolo
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 37-3 13. - 15. September | In der Lüge leben
Funktion von Wertesystemen unter kommunistischer Herrschaft
Leitung: Jürgen Maruhn
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 38-2 20. - 21. September | Quatsch, Quark und Quote
Unterhaltungstrends im Fernsehen
In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR)
Leitung: Michael Schröder/ Walter Hömberg
Sekretariat: Helke Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 39-2* 23. - 25. September | Politische Landeskunde Kanada
für Lehrkräfte des Faches Englisch
In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München
Leitung: Klaus Grosch / Hans-Jörg Prebeck
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 |
| 39-5 23. - 27. September | Europapolitik für Lokaljournalisten
Regionalpolitik - Strukturförderung - Euregios
Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau und der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland
Tagungsorte: Tutzing und Brüssel
(Achtung: erhöhte Tagungsgebühr!)
Leitung: Michael Schröder / Jochen Kubosch
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46 |
| 39-6* 25. - 27. September | Spätaussiedler aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion - Soziokulturelle Differenz als Hindernis im Integrationsprozess
In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie e.V. (AGEE)
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53 |
| 39-4 27. - 29. September | Die Entscheidung der Machtfrage
SED und Arbeiterschaft 1952/53
In Zusammenarbeit mit der Vereinigung Gegen Vergessen für Demokratie
Leitung: Jürgen Maruhn / Karl Wilhelm Fricke
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53 |

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

KURATORIUM

Dr. Walter Eykmann ist auf Antrag der philosophischen Fakultät III und auf einstimmigen Beschluss des Würzburger Universitätssensats von Wissenschaftsminister Hans Zehetmair zum Honorarprofessor für Pädagogik an der Julius-Maximilians-Universität ernannt worden. Eykmann war schon seit 1995 Lehrbeauftragter und hat sich in zahlreichen Publikationen mit Klassikern der Pädagogik und erziehungswissenschaftlichen Problemen auseinander gesetzt.



W. Eykmann

In das Kuratorium neu berufen wurden **Wolfgang Hoderlein**, MdL, Landesvorsitzender der BayernSPD und **Dr. Gerhard Waschler**, MdL, CSU.



W. Hoderlein



G. Waschler

Ausgeschieden sind Oberkirchenrat **Direktor Paul Rieger** und **Renate Schmidt**, MdL, SPD.

Wir danken beiden Kuratoren für ihr großes Engagement.

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde in das Herausbergremium der Zeitschrift für Politik berufen. Die ZfP ist die älteste deutschsprachige politikwissenschaftliche Fachzeitschrift mit hoher internationaler Verbreitung.

Er hielt u.a. Vorträge in Passau zum Thema „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, in Deggendorf und Kloster Seeon zur Frage der politischen und wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit Deutschlands sowie bei der KAMPA 02 in Berlin zum Thema „Der Kandidat und seine Partei – Chancen und Risiken im Wahlkampf“.

Außerdem moderierte er Podiumsdiskussionen in Berlin und München zur Wahlkampfführung 2002 mit den Kampagnenstrategen Machnig, Spreng und Goppel.

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Peter Hampe führte in der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung in Dresden ein Streitgespräch mit Prof. Wilhelm Hankel zum Thema: „Wie steht es um die Zukunft des Euro zur Stärkung Europas?“

Im Rahmen der Tutzinger Sonntagsgespräche debattierte er mit Dr. habil. Johano Strasser über „Leben im Zeitalter der Globalisierung“.

Dr. Michael Schröder hielt auf Einladung des Goethe-Instituts Triest in Venedig, Verona, Padua, Triest und Pordenone Vorträge über „Deutschland im Wahljahr“.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing